Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Märzhälfte 1500.— Mk. Einzelverkaufspr. 120 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltene Petitzeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mk., für Reklamen 1200.— Mk

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 60. Montag, 12. März 1923. 30. Jahrgang.

Das Schicksal des Geldentwertungsgesetzes.

Der Widerstand der Sozialdemokratie. — Ist das auch eine Einheitsfront?

Die Vorgänge in der Freitagssitzung des Reichstages haben großes Aufsehen erregt. Der Entschluß der sozialdemokratischen Fraktion, im Plenum noch einen letzten Versuch zu machen, die Haltung der bürgerlichen Parteien zu ändern, verdankt seine Entstehung der Sorge um die Aufrechterhaltung der Front im Ruhrgebiet. Alle Versuche der Sozialdemokratie im Steuerausschuß, dem Geldentwertungsgesetz einen annehmbaren und den Reichsinteressen dienenden Inhalt zu geben, waren von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt worden. **Niemand, der die Stimmung des Volkes kennt, kann bestreiten, daß das von Monat zu Monat anwachsende Steuerunrecht, das zwar seinen tiefsten Grund in der Geldentwertung hat, aber doch auch verschuldet ist durch die Mangelhaftigkeit unserer Steuergesetzgebung, die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, ja alle nicht kapitalistisch Interessierten in immer zunehmenden Maße erregte.** Würde es trotz des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen bei diesem Zustand bleiben, so wird sich der Bevölkerung eine tiefe Enttäuschung bemächtigen, die zweifellos eine große Gefahr für den entschiedenen Willen zur Abwehr gegen den französischen Imperialismus darstellt. Diese Befürchtung liegt umso näher, als ja der Reichskanzler Cuno durch seine wiederholten Erklärungen über die Bereitwilligkeit der Besitzenden zur Uebernahme von Lasten, die Hoffnung erweckt hat, daß nach jahrelanger ungenügender Besteuerung des Besitzes jetzt andere Wege eingeschlagen werden sollen.

Seit der Bildung des neuen Kabinetts im November vergangenen Jahres ist insbesondere bei den Steuervorlagen die Tendenz zur Schaffung eines Steuerblocks des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie immer deutlicher geworden. Bereits im Dezember wurde die Abänderung zur Einkommensteuer und zur Zwangsanleihe gegen die Sozialdemokratie beschlossen. Besonders in den Steuerfragen ist unverkennbar die Führung an Helfferich übergegangen, dem die extrem kapitalistisch gesinnten Kreise der Deutschen Volkspartei und der Demokraten freudig Gefolgschaft leisten. Bei der jetzigen Entscheidung, bei der Helfferich sogar als der Sprecher aller bürgerlichen Parteien auftrat, handelt es sich deshalb auch darum, ob diese Rechtsentwicklung unserer Steuerpolitik weiter beibehalten werden soll.

Es sei einer späteren Betrachtung überlassen, den gesamten Inhalt des sehr komplizierten Geldentwertungsgesetzes darzulegen. Für heute möge es genügen, die beiden Punkte kurz zu erläutern, die den parlamentarischen Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und dem bürgerlichen Steuerblock in der Freitagssitzung des Reichstages hervorgerufen haben. Es handelt sich dabei erstens um den Tarif und zweitens um die Bewertung der Vermögensgegenstände.

Bereits die Regierungsvorlage hatte eine Erhöhung der Freigrenzen und eine Auseinanderziehung des Tarifs für die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer vorgesehen. Die Erhöhung der Freigrenzen, besonders für Rentner, die sich im Besitze von festverzinslichen Werten befinden oder für Besitzer von Papiermark ist zweifellos berechtigt. Ihr stimmte deshalb auch die Sozialdemokratie im Prinzip zu. Anders ist es jedoch mit der Auseinanderziehung des Tarifs. Das ist, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Verschärfung der Bewertungsvorschriften und der Zahlungsbedingungen erfolgt, eine Entlastung der Besitzenden. Die bürgerlichen Parteien gingen bei dem Tarif über die Regierungsvorlage hinaus. Sie verdoppelten nicht nur die Freigrenzen, sondern zogen auch den Tarif bei der Vermögenssteuer so auseinander, daß der Höchstbetrag der Steuer erst einsetzt bei 60 Millionen, statt der von der Regierung vorgeschlagenen 20 Millionen und einem bisherigen Satz von 10 Millionen. Das gleiche ist der Fall bei der Erbschaftssteuer, wo die Beschlüsse des Ausschusses ebenfalls die Regierungsvorlage verschlechterten. Bei der Zwangsanleihe sollte ein neuer milderer Tarif eingeführt werden.

Die Bedenken der Sozialdemokratie gegen diese Milderungen des Tarifs wurden noch wesentlich verschärft durch die Aenderung der Bewertungsvorschriften für die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Zwangsanleihe und die Erbschaftssteuer, sowie durch die überaus bedenklichen Bestimmungen über die Abzugsfähigkeit der Schulden und die Bewertung von ausländischen Zahlungsmitteln.

Für die Einkommensteuer soll das Betriebsvermögen nur mit einem Bruchteil — etwa einem Siebtel — seines Wertes am Stichtage eingesetzt werden. Aehnlich ist es bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe. Alle Sachwertbesitzer werden dadurch außerordentlich geschont, teilweise sogar völlig steuerfrei, selbst wenn sie großes Einkommen und erhebliche Vermögensbestände haben. Durch die zu niedrige Bewertung von Waren, Wertpapieren, Grundstücken usw. bei Abzugsfähigkeit der Schulden in voller Höhe wird ein Anreiz zur gesetzlichen Steuerhinterziehung geschaffen. Ein beliebiges Beispiel möge dies erläutern. Ein Besitzer von Waren oder Wertpapieren usw. im Werte von 10 Millionen Mark, die mit etwa 1,5 Millionen Mark eingeschätzt sind, wird völlig steuerfrei, wenn er auf diese Gegenstände Schulden in Höhe von 1,5 Millionen Mark aufnimmt!

Noch schlimmer sind die Bestimmungen über die Bewertung von ausländischen Zahlungsmitteln. Auch hier hat man eine **Kalkulationsmethode mit doppelter Moral. Hat ein Steuerpflichtiger ausländische Zahlungsmittel in seinem Besitz, so kann er sie nach einem Kurse einsetzen, der für das Jahr 1922 für den Dollar** etwa 1030 beträgt. Hat er aber Schulden in Dollars aufgenommen, so kann er diese Schulden absetzen, indem er den Dollar entsprechend seinem Kursstande von Ende 1922, also mit über 7000, einsetzt. Das führt zu den ungeheuerlichsten Steuerbefreiungen. Wenn Ende 1922 ein Steuerpflichtiger 100 000 Dollar Vermögen im Kassenschrank liegen, gleichzeitig aber eine Schuld von 12 000 Dollar hatte, so hätte er nach normaler Bewertung 88 000 Dollar oder 1¾ Milliarden Mark Vermögen. Steuermäßig aber hat dieser Mann 88 Millionen Mark Aktiva und 84 Millionen Mark Passiva, also nur ein Vermögen von 4 Millionen Mark, während in Wirklichkeit die 88 000 Dollar gleich einem Papiermarkvermögen von 1 760 000 000 Mark entsprechen.

Solche Bestimmungen in Steuergesetzen sind wirtschaftlich, finanziell und moralisch gleich unerträglich. Die Sozialdemokratie kann sie nicht dulden. Nun ist zwar in der Debatte am Freitag die Richtigkeit dieser Berechnungen bezüglich der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe angezweifelt worden. Aber alle Interessenten üben diese Praxis, wie sich aus der gesamten Steuerliteratur und den Anweisungen der Steuerauskunftsstellen der Unternehmerorganisationen ergibt. Die Sozialdemokratie verlangt deshalb Klarstellung dieses Sachverhalts im Steuergesetz. Man kann eine derartige Regelung nicht der Verwaltung übertragen, wie es die Regierung beabsichtigt. Für die Einkommensteuer aber ist die Kritik der Sozialdemokratie garnicht angefochten worden. Hier kann sie auch garnicht bestritten werden; denn in der vom Steuerausschuß beschlossenen Fassung des § 35a wird ausdrücklich „Steuerpflichtigen, bei denen die Art ihres Geschäftsbetriebes die ständige Beschaffung von fremden Zahlungsmitteln erfordert", gestattet, sie genau so zu bewerten wie Waren. Also: Banken, Industrie, Handel, kurz alle Sachwertbesitzer können ausländische Zahlungsmittel mit etwa einem Siebentel ihres Wertes vom 31. Dezember 1922 einsetzen. Das ist überdies auch dadurch völlig zweifelsfrei, weil man ja den sozialdemokratischen Antrag, der ausländische Zahlungsmittel zum Kurswert am Bilanztage berechnen will, abgelehnt hat.

Aus diesen nur die allerwichtigsten Punkte hervorhebenden Darlegungen geht einwandfrei hervor, wie notwendig und wie berechtigt der Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion gegen diese Bestimmungen ist. Nicht die Sozialdemokratie trägt deshalb die Verantwortung für die Verzögerung der Erledigung des Geldentwertungsgesetzes, sondern die bürgerlichen Parteien, die trotz der so gespannten politischen Lage eine Steuerpolitik betreiben wollen, die die Reichsfinanzen schwer schädigt und das Steuerunrecht vergrößert.

* * *

Bei den Beratungen über das Geldentwertungsgesetz hat Dr. Helfferich sich beschwert, daß die Sozialdemokratie so viele Anträge gestellt habe. Das ist ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht, besonders da im Ausschuß alle sozialdemokratischen Anträge von dem Steuerblock des Bürgertums abgelehnt worden sind. Zum Verständnis der Verhandlungen über das Geldentwertungsgesetz sei deshalb der Inhalt der sozialdemokratischen Anträge kurz dargelegt:

Zum Artikel 1, der den Tarif betrifft, hat die Sozialdemokratie drei Anträge gestellt. Davon wollen zwei die Regierungsvorlage bezüglich der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer wieder herstellen, während der dritte den neu eingefügten gemischten Tarif für die Zwangsanleihe zu streichen beantragte.

Zum Artikel 2 über die Bewertungsvorschriften sind acht Anträge gestellt. Die Anträge zur Bewertung für die Einkommensteuer wollen die Berechnung der Gegenstände des Betriebsvermögens nach dem Marktpreis am Ende des Kalenderjahres mit einem Abzug von 25 Prozent. Als Gegenstände des Betriebsvermögens sollen ausländische Zahlungsmittel nicht gelten. Sie sollen zum Kurswert am Bilanztage eingesetzt werden. Ein weiterer Antrag will Abnutzungen nur in Höhe von einem Zehntel des vom Steuerausschuß vorgeschlagenen Satzes zugestehen. Ferner soll die Steuerfreiheit für Aufwendungen beim Wohnungsbau nur gestattet werden, sofern deren Verwendung für Kleinwohnungsbauten sichergestellt ist. Zur Zwangsanleihe und Vermögenssteuer ist beantragt, daß Wertpapiere, landwirtschaftlicher Besitz, gewerbliches Betriebsvermögen zehnfach so hoch bewertet werden wie bisher (Ausschußbeschluß vierfach). Ferner ist beantragt, daß das Aufkommen der Zwangsanleihe so hoch sein soll wie die Verbrauchssteuern aus dem Steuerkompromiß. Die Begünstigung der Villen und des Baulandes soll gestrichen werden. Bei der Erbschaftssteuer ist der Antrag gestellt, daß die Wertpapiere genau so eingesetzt werden sollen wie bei der Zwangsanleihe, und daß bei landwirtschaftlichem Grundbesitz die Berechnung des Wertes auf Grund der Erträge der beiden letzten Friedensjahre (!) gestrichen wird.

Zum Artikel 3 über die Zahlung der Steuern ist beantragt, daß bei verspäteter Zahlung Zuschläge in Höhe des Goldzollaufgeldes erhoben werden sollen. Das soll nicht nur gelten für Besitz- und Verbrauchssteuern, sondern auch für die Eingänge aus dem Lohnabzug und für Steuerstundungen. Für 1922 soll entsprechend dem Goldzollaufgeld die Steuerleistung aus der Einkommensteuer erhöht werden. Aber nur für die Sachwertbesitzer, nicht für die Lohn- und Gehaltsempfänger, nicht für die Vorauszahlungen und nicht für die Rentner und die freien Berufe. Bei Ablehnung dieses Antrages soll eine Erhöhung der Verzugszinsen auf 20 bezw. 30 Prozent pro Monat erfolgen. Es sollen ferner die Vorauszahlungen entsprechend der Geldentwertung erhöht werden.

Zu dem letzten Artikel ist die Streichung der Aufhebung des Depotzwanges und der Beseitigung der Kundenverzeichnisse der Banken beantragt und ferner die Offenlegung der Steuerlisten.

Zwei französische Offiziere erschossen.

TU. Buer, 12. März.

In der Nacht vom 10. zum 11. März wurden hier zwei französische Offiziere erschossen. Im benachbarten Westerholt wurde ein französischer Wachtposten tot aufgefunden. Der Kommandeur der 47. Infanterie-Division in Recklinghausen hat über beide Orte die verschärfte Verkehrssperre angeordnet. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist die Straße für jeden Verkehr gesperrt. Diese Maßnahme soll solange in Kraft bleiben, bis die Kriminalpolizei die Täter ermittelt hat.

TU. Paris, 12. März.

Zum Tode der beiden französischen Militärs in Buer bei Recklinghausen meldet Havas:

Sowie die Nachricht von dem Mord hier bekannt wurde, wurden Strafmaßnahmen angeordnet und Schritte ergriffen, um die Täter zu fassen. Der Bürgermeister von Buer, sein Stellvertreter und der Polizeichef wurden verhaftet. Die Schließung der Kaffees, Kinos und der öffentlichen Lokale wurde angeordnet. Es wurde verboten, sich von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auf den Straßen zu zeigen. Man spricht auch von einer Buße von 100 Millionen Mark, doch ist darüber noch keine amtliche Mitteilung zu erhalten. Sicher ist, daß, falls man die Schuldigen nicht finden sollte, sich Frankreich mit den bisherigen Maßnahmen nicht begnügen wird.

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Dortmund, 10. März. (Eig. Drahtber.)

Der am Sonnabend morgen von den Franzosen besetzte Bahnhof Raurel wurde unter Mitnahme von 2 Lokomotiven und 90 beladenen Wagen wieder freigegeben.

In Gelsenkirchen versuchten die Franzosen am Sonnabend vormittag unter Aufgebot von Infanterie, Tanks und Lastkraftwagen in die zur Gelsenkirchener Bergwerk-A.-G. gehörige Gießerei Höhen einzudringen. Infolge des Protestes des Betriebsrates nahmen sie jedoch von diesem Vorhaben Abstand und besichtigten das Werk lediglich durch eine unbewaffnete Kommission. Die geforderte Bestandsaufnahme wurde verweigert. Die Belegschaft trat in den Proteststreik. An Stelle des abwesenden Direktors wurden dessen Stellvertreter und vier Ingenieure verhaftet.

In Dortmund ist der Hausmeister Schwarz vom Städtischen Gymnasium, in dem französische Truppen untergebracht sind, sowie dessen beide Söhne verhaftet worden, angeblich, weil bei ihnen Brieftauben der Schutzpolizei gefunden seien.

Ein Zivilist aus Brambauer wurde wegen Verteilung deutscher Flugblätter zu 12 Tagen Gefängnis und 50 000 Mk. Geldstrafe, ein Kaufmann aus Castrop wegen Verkaufsverweigerung zu 2 Monaten Gefängnis und 25 000 Mk. Geldstrafe, ein Wirt aus Brambauer wegen Verstoßes gegen die französische Preisschilderverordnung zu einem Monat Gefängnis und 20 000 Mk. Geldstrafe, und ein Kaufmann aus Mengede zu einem Monat Gefängnis oder 15 000 Mk. Geldstrafe, ein Polizeibeamter aus Castrop wegen Nichtgrüßens zu 8 Tagen Gefängnis und 400 Mk. Geldstrafe verurteilt.

*

SPD. Essen, 10. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die französische Besatzung hat am Samstag drei weitere Mitglieder der Staatlichen Bergwerksdirektion in Recklinghausen sowie einen Ingenieur der Bergbauinspektion in Buer ohne jede Begründung verhaftet und ausgewiesen. Zu Beginn der Ruhraktion wurden bekanntlich bereits der Präsident der Bergwerksdirektion und einige Oberbergräte ihrer Heimat verwiesen.

Essen, 12. März.

Der Kommandeur von Essen, General Fournier in Bredeney hat eine Verordnung erlassen, durch die jeder, der sich im neubesetzten Gebiet aufhält, angehalten wird, sich den Vorschriften, Verordnungen, Befehlen, Anweisungen und Instruktionen der Franzosen anzupassen. Insbesondere werden verboten alle Handlungen, die zum Ziel haben, Unzufriedenheit, Widerspenstigkeit und Unordnung in die Armeestreitkräfte zu tragen, alle Handlungen, Worte, Gesten oder Handlungen beleidigender Art gegenüber den Armeestreitkräften und den Ingenieurkommissionen, deren Familienangehörigen und der bei ihnen Bediensteten (!!), jeder Versuch eines Kaufmanns, einen Unterschied in der Behandlung zwischen der deutschen Kundschaft und den Franzosen zu machen, jede Strafe oder Strafandrohung gegen diejenigen Personen, die sich gegebenenfalls den von den Militärbehörden angegebenen Befehlen fügen und Dienstleistungen für die militärischen Streitkräfte oder für die verbündeten Missionen leisten. Der Gruß für die Fahnen der verbündeten Mächte soll für alle Deutschen in Uniform, die der Polizei, der Feuerwehr und dem Zoll- und Forstdienst angehören, verbindlich sein. Die Läger, Läden und Hotels, in denen an die Franzosen nichts abgegeben wird, können geschlossen werden. Vorbehaltlich besonderer Bestimmungen werden Verstöße gegen diese Bestimmungen, Verordnungen usw. mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und einer Geldstrafe bis zu 10 Millionen Mark oder mit einer dieser beiden Strafen belegt. Die Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Dollar 20 500.

Heute Beginn der Brüsseler Konferenz.

TU. Paris, 12. März.

Wie Havas meldet, wird Poincare heute nachmittag um 1 Uhr in Brüssel eintreffen, um mit der belgischen Regierung in Besprechungen über die Lage im Ruhrgebiet einzutreten. Die Konferenz der französischen und belgischen Minister wird um 2 Uhr nachmittags beginnen. Belgischerseits werden daran teilnehmen Ministerpräsident Theun's, der Minister des Aeußern Jaspar, der Minister der Nationalen Verteidigung, der Eisenbahnminister und die Kabinettschefs des Ministerpräsidenten und des Ministers des Aeußern.

Schwarzweißroter Landesverrat.

Die Verschwörung gegen Deutschlands Einheit.

SPD. München, 10. März. (Eig. Drahtber.)

Die amtlichen Mitteilungen über die Namen der in der Hochverratssache Fuchs verhafteten Persönlichkeiten zerreißen den Schleier des bisher sorgfältig gehüteten Geheimnisses und widerlegen schlagend die auch im letzten Münchener Polizeibericht wiederholte Behauptung, daß „politische oder sonst in der Oeffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten“ bei der Verschwörung nicht beteiligt seien. So ist Privatdozent Dr. Arnold Ruge-Heidelberg, eine sehr bekannte bezw. berüchtigte Persönlichkeit; sowohl die Angelegenheit des Steckbriefes gegen diesen Antisemitenhäuptling, wie seine Beteiligung an der Mörderzentrale auf Schloß Bielau in Oberschlesien erregten seinerzeit begreifliches Aufsehen.

Die bei weitem interessanteste Persönlichkeit unter den in Haft Befindlichen ist jedoch der Kaufmann Johann Berger, der mit Ruge zusammen der Führer des Bundes „Blücher“ (früher „Treu-Oberland“) ist.

Vergleicht man die Kundgebung dieses Bundes „Blücher“ mit den landesverräterischen Taten seiner Führer, so hat man die **politische Heuchelei** in Reinkultur vor Augen. **Derselbe Berger, der mit einem französischen Agenten in Verbindung trat, um die wohlwollende Neutralität Frankreichs für einen rechtsradikalen Putsch in Bayern zu erzielen, schrieb in dem Programm des Bundes „Treu-Oberland“: „Wir lehnen jeden fremdländischen und fremdrassigen Einfluß auf unsere eigenen Verhältnisse ab und werden alles aufwenden, um einen solchen zu Fall zu bringen.“**

Es ist höchst bemerkenswert, daß der extreme Antisemitismus als Deckmantel landesverräterischer Umtriebe gedient hat. Die Berger, Ruge und Konsorten bekunden z. B., daß sie den „dunklen Drahtziehern der gegenwärtigen Weltpolitik, dem internationalen Judentum“ trotzen wollen und die Handlanger dieser Politik als todeswürdige Landesverräter bezeichnen.

Durch die gemeinschaftliche Arbeit mit Berger und Ruge sind ohne Zweifel alle Persönlichkeiten kompromittiert, die im Bund Blücher tätig waren, vor allem Regierungsbaumeister Schäfer, **der persönliche Vertrauensmann General Ludendorffs seit 1918,** insbesondere seit der Zeit des Kapp-Putsches. Bei der Fahnenweihe des Bundes Blücher sprach dieser Schäfer davon, daß die Kampffahnen sich im Blutvergießen noch vor der nächsten Baumblüte bewähren würden.

Die Behörden werden gut tun, sich eine Organisation besonders genau anzusehen, die nicht nur zum Landesverrat schreitet, sondern in der auch politische Mörder satzungsgemäß unterstützt werden:

> **„Unsere Bewegung stützt sich auf Kampfnaturen und wird es sich zur besonderen ernsten Aufgabe machen diese Kampfnaturen zu stärken, sie vor Schaden, Verleumdungen und ihre Familien vor Beeinträchtigung zu schützen.“**

Es kann nicht Wunder nehmen, daß sich die politischen Pläne der Blücher-Leute auf die Schaffung eines

katholischen Donaustaates

richteten, wenn man sich daran erinnert, daß diese Leute die Organisation Oberland zu zerstören versuchten, weil diese ihnen als [illegible] zuwider war und sie sich in riesigem Umfang auf katholische, insbesondere italienisch-klerikale Gelder stützen konnten. Die Entlarvung Bergers bedeutet eine ungeheure Blamage für die gesamte sogenannte vaterländische Bewegung in München.

Schwarz-weiß-roter Landesverrat!

Besonders blamiert durch die Beziehungen zu diesem Bund Blücher ist Oberst von Xylander, der als Ehrengast in dem Bund Blücher eine schwungvolle Weiherede gehalten hat. Auch die Nationalsozialistische Partei steht in engstem Kartellverhältnis zu dem Bund Blücher. Der Oberkommandeur der nationalsozialistischen Sturmabteilung, Oberleutnant Klintzsch, entbot den Bundesbrüdern vom Blücher den Gruß der nationalsozialistischen Sturmabteilung, die in ihrem ersten Stoßtrupp vertreten war. Bei der letzten Felddienstübung am 4. März marschierte eine Abteilung Blücher in der nationalsozialistischen Sturmabteilung. Nicht scharf genug können die Versuche der Polizeidirektion und der bürgerlichen Presse zurückgewiesen werden, die der Anknüpfung landesverräterischer Beziehungen zu französischen Agenten die harmlose Deutung zu geben versuchen, daß die Einrichtung eines Bregenzer Staates nur als Mittel zur Abwehr des drohenden Bolschewismus gedacht war. Dieser Schwindel ist zu durchsichtig, als daß irgend ein ernsthafter Mensch darauf hereinfallen dürfte.

Das Ziel der Monarchistenverschwörung.

Ein Putsch zur Unterstützung der Ruhraktion?

München, 10. März. (Eig. Drahtb.)

Zur Verhaftung der monarchistischen Verschwörer in München schreibt die Münchener „Post“: Ende Februar wurde ein **höherer französischer Offizier ohne** Paß und ohne Einreiseerlaubnis **von zwei bayrischen Patrioten quer durch die ganze** Ordnungszelle Bayern in einen Kraftwagen eingeführt und zuerst bei Rommenthal bei Dießen und dann in München, Leopoldstraße, abgesetzt. Dieser Franzose namens Ricert, ist politisch aus den verschiedensten Gründen eine beträchtliche Nummer. Er ist identisch mit dem Ricert, **der die Organisation des Saarstaates als rechte Hand des Generals Andlauer,** der selbst Spitzel war, einzuleiten hatte und der seit langem **programmäßig in Saarbrücken, wo er die Verteilung der Kohlenproduktion regelte, gegen die deutsche gewerkschaftliche Organisation losging.** Die anrüchige Tätigkeit dieses Mannes im Saargebiet ist schon in öffentlicher Reichstagssitzung erörtert worden. Der Kommandeur Ricert stand schon seit zwei Jahren mit den Verschwörern, insbesondere mit dem Professor Fuchs, in engster Verbindung. Er war über bayrische Verhältnisse, Auffassungen, Personen usw. so ausgezeichnet unterrichtet, **daß das gesamte Leoprechting-Material ein Kinderspiel dagegen ist.** Die amtliche Angabe, daß es sich anscheinend um eine eventuelle Neutralisierung Bayerns bei etwaiger Bolschewierung des deutschen Nordens gehandelt habe, ist falsch. Politische Auffassungen dieser Art mögen das Sprungbrett für [illegible] hochoffiziösen Agent provocateur Ricert und seine Freunde sein, unter denen sich **der anerkannte Führer eines rechtsstehenden Ve[illegible]ins namens Berger befindet; es handelt sich nicht um eine Eventualunternehmung, sondern um einen ganz kurzfristigen Termin für einen Putsch zur Unterstützung der französischen Ruhroperation.** Am 21. Februar vormittags ist der Kommandeur Ricert immer noch ohne Paß mit Kraftwagen wieder abgefahren. Seine Freunde setzten ihre Bemühungen, unter allen Umständen ein Pronunciamento herbeizuführen, auch nach der Abreise noch eine Woche lang energisch fort.

Regierung und Arbeitslöhne.

Die Verhandlungen, die die Spitzengewerkschaften in den letzten Tagen mit den einzelnen Reichsministerien wegen der amtlichen Kundgebung gegen weitere Lohnerhöhungen führten, haben ergeben, daß der Reichswirtschaftsminister Becker als die treibende Kraft dieses Vorstoßes gegen die Arbeitnehmer anzusehen ist. Angesichts der verheerenden Wirkungen dieser Regierungskundgebung haben die Gewerkschaften den Reichskanzler interpelliert, und es darf festgestellt werden, daß die neue Erklärung Cuno, wie sie den Gewerkschaftsvertretern in der Sonnabendsitzung gegeben worden ist, sich wohltuend von der unternehmerfreundlichen Haltung des Reichswirtschaftsministers unterscheidet. Der Reichskanzler hat nach dem offiziellen Bericht erklärt:

> **„daß eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Preisniveau und den Preisstand erforderlich ist.“**

Damit wird im Gegensatz zu den Aeußerungen des Reichsministers Becker die Auffassung der Gewerkschaften bestätigt, wonach eine sichtbare Preissenkung erforderlich ist, bevor überhaupt über eine Verminderung der Lohnbewegungen diskutiert werden kann. Wenn der Reichskanzler allgemein den Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisbildung feststellte und ausführte, daß

> „eine allgemein durchgängige Hebung der gesamten Löhne die notwendigen Preisermäßigungen unmöglich machen und damit, ohne der Arbeiterschaft auf die Dauer zu nützen, das von allen erstrebte Ziel der Markstabilisierung gefährden würde“,

so ist das die mehr theoretische Erklärung, daß eine Steigerung der Papierlöhne selbstverständlich keine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten mit sich bringt. Tatsächlich kann die Stützungsaktion der Mark noch keineswegs als eine Stabilisierung unserer Währung angesprochen werden; denn der innere Kaufwert der Mark, der für die Löhne entscheidend ist, hat ja auch in der letzten Zeit kaum eine Steigerung erfahren. Es muß auch daran erinnert werden, daß bei dem Ansteigen des Dollars in erster Linie die Großhandelspreise, ihnen folgend die Kleinhandelspreise, hinaufgeklettert waren, während die Löhne und Gehälter erst in erheblichem Abstand, und dann noch ungenügend, folgten. Die Lohnstatistik zeigt, daß die Spannung zwischen den Indexziffern und den Löhnen eine zu ungunsten der letzteren wachsende Spannung hervorgerufen hat. Man kann deshalb bei einem an sich noch recht unübersehbaren Fallen des Dollars, dem bisher eine besonders erwähnenswerte Senkung der Großhandelspreise noch nicht gefolgt ist, nun nicht etwa umgekehrt verfahren und nach dem Rezept des Herrn Becker diesmal mit dem Lohnabbau beginnen. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß etwa die Gewerkschaften einer Stabilisierung des jetzigen in den meisten Gebieten und Berufen ganz unzulänglichen Lohnniveaus zustimmen sollen. Die Reichsregierung wird gut daran tun, ihre Erklärung über die Zulässigkeit der durch den heutigen Preisstand bedingten Lohn- und Gehaltszulagen auch ausdrücklich für die Beamten gelten zu lassen, um der dort wachsenden Mißstimmung frühzeitig gerecht zu werden.

Der Fall Hector.

Das Ende eines Ueberläufers.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Die Bedeutung des Prozesses, den das saarländische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Dr. Hector gegen den Redakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Francke, angestrengt hat, und der mit der völligen moralischen und politischen Erledigung des Anklägers Hector endigte, reicht weit über die Tatsache hinaus, daß endlich ein Mann über Bord gegangen ist, der sich als Landesverräter schwer an seinem Vaterlande versündigt hat. Der Prozeß ist zugleich eine empfindliche Niederlage sowohl der Regierungskommission des Saargebietes wie des Völkerbundrats, der ihre Politik bisher gedeckt und alle Klagen und Beschwerden der Saargebietsbevölkerung in den Wind geschlagen hat.

In jenem Prozeß, in dem der Angeklagte Redakteur Francke den Nachweis zu führen hatte, daß Dr. Hector tatsächlich ein Landesverräter sei, leugnete dieser als Zeuge unter seinem Eid, daß er eine Adresse der Stadt Saarlouis, die er in eine Ergebenheitsadresse für Frankreich umgeändert hatte, mit unterwürfigen Briefen an den französischen Kriegsminister und den kommandierenden französischen General im Saargebiet begleitet habe. Der Geschicklichkeit der Verteidigung, die unser Parteigenosse, Rechtsanwalt Lehmann, führte und die sich der Mitwirkung Wissender aus der früheren Umgebung Hectors erfreute, ist es zu danken, daß diesem ein glatter Meineid nachgewiesen wurde; denn die belastenden Dokumente wurden in den Archiven gefunden. Hector gestand seinen Meineid sofort dadurch ein, daß er prompt krank wurde und dann seine ersten Aussagen schriftlich widerrief. Leider kann er wegen seiner Immunität, die er als Mitglied der Regierungskommission besitzt, nicht wegen Meineids sofort verhaftet werden, und die Bevölkerung des Saargebietes muß sich mit der Genugtuung begnügen, daß seine schimpfliche politische Laufbahn zu Ende ist; denn Dr. Hector ist gezwungen worden, sein Amt sofort niederzulegen. Er wird vorläufig von dem kommissarischen Landrat Land des Kreises Saarlouis vertreten, einem früheren Kaufmann, der politisch ein unbeschriebenes Blatt ist.

Politisch bedeutungsvoll ist, daß der Fall Hector auch eine empfindliche Niederlage des Völkerbundsrats bedeutet. Der Engländer Balfour war es, der im August v. Js., als die Parteien des Saargebietes der Erneuerung von Hectors Mandat widersprachen, sich unter beleidigenden Anwürfen gegen die deutsche Propaganda im Saargebiet, hinter diesen Mann stellte. An dem Völkerbundsrat ist es jetzt, das Unrecht wieder gut zu machen und dem berechtigten Wunsche der Saargebietsbevölkerung stattzugeben, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder durch allgemeine Volksabstimmung, oder doch wenigstens vom Landesrat gewählt wird.

„Spinnerei“ München.

Von Karl Gutmann

[illegible]

Charakter eines Teils der Einwohner. Hier baute der geniale Narr Ludwig seine phantastischen Wolkenschlösser, hier gab es eine Revolution wegen einer Tänzerin und wegen eines Bieraufschlags von einem Pfennig, hier verehrte man einen Prinzen wegen seiner halbbekannten Ehebrüche, hier eroberte das Literatenkafee die Regierung, hier wird ein geschlagener Feldherr, der Verderber seines Volkes, zum Nationalheiligen, hier erhebt sich ein Provinzliterat zum Königsmacher!

Es ist nötig, daß in dieser gefahrumdrohten Zeit den „Spinnereien“ ein Ende gemacht wird.

Kinder.

Von Arkadi Awertschenko.

Die Schlüsse, die dem Hirn des Kindes entspringen, sind stets von verlockender Eigenart — schade nur, daß wir Erwachsene sie meist nicht mehr verstehen. . . . Die Gedanken des Kindes wandeln seltsam verschlungene Wege; von den Bildern, die es sich schafft, weht es wie ein frischer, wilder, ursprünglicher Hauch. . . .

*

Ein kleines Mädchen hatte mir die Aermchen um den Hals gelegt, es sich auf meiner Schulter bequem gemacht und erzählte mir:

„Also, da war einmal ein Elefant . . . Eines Tages ging der Elefant in die Wüste und legte sich schlafen . . . Und da träumt ihm, daß er Durst hat und trinken möchte und an einen großen, riesigen See kommt, an dem hundert Faß Zucker stehen. Schrecklich große Fässer. Verstehst du? Und bei dem See war auch noch ein hoher, hoher Berg. Und da träumt der Elefant, daß wer mit seinem Rüssel eine furchtbar dicke Eiche abbricht und damit die hundert großen Zuckerfässer aufmacht. Mit einem Male kommt eine Mücke angeflogen. Eine Mücke — also . . . so, so groß, wie ein Pferd . . .“

„Ja, aber höre mal,“ unterbrach ich sie ungeduldig, „das geht doch gar nicht: bei dir ist ja alles so unheimlich groß — ein riesiger, riesiger See, eine furchtbare dicke Eiche, eine Mücke, so groß wie ein Pferd, hundert Faß Zucker auf einmal . . .“

Sie sah mich [illegible] ins Gesicht und [illegible] überlegen die [illegible]

„Na, ja, was willst du denn? Er ist doch auch ein Elefant —?

„Nun, und —?

„Und weil er ein Elefant ist, träumt er auch von lauter großen Sachen. Er kann doch nicht von einem Glas Wasser träumen oder von einem Teelöffel oder einem Stückchen Zucker . . .“

Ich schwieg und dachte im stillen: „Eher deutet ein Kind die Seele eines schlafenden Elefanten, als ein Erwachsener die eines Kindes . . .“

*

Als ich im vorigen Sommer bei meiner verheirateten Schwester zu Besuch weilte, legte ich mich eines Tages nach dem Essen schlafen.

Ich erwachte von einem Schlag auf dem Kopf, der genügt hätte, um mir den Schädel zu spalten, fuhr zusammen und riß entsetzt die Augen auf. Vor meinem Bett stand ein Dreikäsehoch, einen mächtigen Knüppel in der Hand, und betrachtete mich interessiert.

Eine Weile sehen wir einander schweigend an. Endlich fragt er neugierig:

„Du, was kaust du denn da?“

Ich erklärte mir den Hieb und die Frage so: bei seinen Streifzügen durch die Zimmer war mein Neffe schließlich auch bei mir angelangt und hatte mich wahrscheinlich gerade in einem Augenblick betrachtet, als ich im Schlafe die Lippen bewegte. Alles jedoch, was mit Kauen und Essen zusammenhält, interessiert diesen Neffen in höchstem Maße. Er wußte sich also keinen anderen Rat, als einen Knüppel zu holen und mich aus allen Kräften über den Schädel zu schlagen, um die Frage stellen zu können, die ihn in Atem hielt:

„Du, was kaust du denn da?“

Und da sollte man Kinder nicht lieben?

(Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.)

Der Löwe mit dem Esel.

Als der Löwe mit einem Esel, der ihm durch seine fürchterliche Stimme die Tiere sollte jagen helfen, nach dem Walde ging, rief ihm eine naseweise Krähe von dem Baume zu: „Ein schöner Gesellschafter! Schämst du dich nicht, mit einem Esel zu gehen?“

„Wen ich gebrauchen kann,“ versetzte der Löwe, „dem kann ich ja wohl meine Seite gönnen.“

So denken die Großen alle, wenn sie einen Niedrigen ihrer Gemeinschaft würdigen.

Lessing.

Leipziger Messe und Arbeitsaussichten.

Von Kurt Heinig.

Leipzig, 9. März.

Obwohl die Messewoche mit ihrer Geschäftshast, ihrem Allerlei — tags und nachts — ihrem Tepp in Gasthäusern und Kaffees und ihrem ernsten Willen zur Sicherstellung der Warenerzeugung noch nicht ihr Ende erreicht hat — in Wirklichkeit ist sie schon abgeschlossen.

Aeußerlich ist wieder manches Neue erkennbar. Abends wurde in der Luft Reklame geflogen. Golden schnörkelten die bedeutenden Buchstaben einer Zahnputzmittelfirma über der Stadt; tagsüber trugen die bekannten „Sandwichs", die aufgeputzten Schildträger und sonstigen Figuranten des Handelsgottes u. a. auf einer Bahre den neuen Sarg durch die Petersstraße. Er ist aus Pappe, schwarz mit silbernem Papierstreifen. Er soll „anständig" aussehen und „billig" sein! Die geschmackvollste Propaganda macht unstreitig die Republik Deutschösterreich. Ihre weithin leuchtenden rotweißen Farben kultivieren das Straßenbild. Die Spezialhäuser der bekannten Welthandelsländer und der großen Industrien mehren sich. Sie zeigen den Weg, auf dem die Messe in ihrer inneren Organisation weiterschreiten muß, wenn sie auf die Dauer als Weltpropaganda wirksam bleiben soll. Das neue Haus der Eletrotechnik vereinigt in riesenhafter Aufmachung die deutsche elektrotechnische Industrie. Sie stellt sich damit ebenbürtig neben die deutsche Maschinenindustrie.

In den Hallen sind nur wenige Stände leer geblieben. Plakate kündigen den Grund an. Es ist die Ruhrbesetzung. Teilweise wurde das Ausstellungsgut von den Franzosen nicht mehr aus dem besetzten Gebiet herausgelassen. Aber im ganzen blieb die Messe ungestört. Die Industrie hat sich viel Mühe gegeben, um unter allen Umständen auf dem Markt zu sein.

In ihrem Wesen hat sich die Messe gegenüber dem Vorjahr nicht besonders geändert. Auffallend neues ist nur wenig zu sehen. Die Warenerzeugung steht unter dem allgemeinen Bedürfnis der billigen, der gängigen Ware. Die Luxusfabrikate müssen sich mehr als innerhalb der jüngst vergangenen Jahre ihren Markt im Inland suchen; merkwürdigerweise finden sie ihn im allgemeinen auch noch. Die Technik bemüht sich stark um Entwicklung der Maschinen- und Werkzeughaltung und um die Sicherung vor Verlusten, die aus plötzlich auftretenden Lahmlegungen in den Kraftquellen und Arbeitshilfsmitteln entstehen. Heute hängen an den einzelnen Hochspannungsleitungen ganze Industrien, an Starkstromkabeln hunderte von Städten und Dörfern. Die Elektrizitätsindustrie, im besonderen die A. E. G., zeigt auf diesem Gebiete z. T. beachtenswerte Neuerungen.

Die Messe zeigt vor allem die gesamte deutsche Arbeit. Die Verarmung Deutschlands verhindert, daß wir in Leipzig Vergleiche mit der Eigenart und Entwicklung und der Höhe der Warenerzeugung und der technischen Industrie anderer Länder anstellen können. Die wenigen nichtdeutschen Aussteller reichen dazu nicht aus. Hier liegen die Wurzeln einer Nachkriegsgefahr. Bei dem Fehlen der Vergleichsmöglichkeiten auf den wesentlichsten und wichtigsten Gebieten entsteht leicht der Glaube an die eigene, alle anderen überragende Größe. Wir haben in den letzten Jahren unsere Waren auf dem Weltmarkt in erster Linie deswegen abgesetzt, weil sie in ihrer Art und Qualität draußen schon vor dem Kriege bekannt waren und vor allen Dingen weil sie billiger waren als die jedes anderen Landes! Das ist, oder richtiger, das war aber ein Ausnahmezustand, der sich wohl seinem Ende zuneigt. Das deutsche Ware hat heute im wesentlichen schon Weltmarktpreis. Das deutsche Valutadumping stirbt. Hier liegen die Probleme für die zukünftige Beschäftigung der deutschen Arbeit. Leider zeigt die Messe nur recht geringe Erkenntnis für diese kommenden schweren Aufgaben.

Man wartet immer noch auf den valutastarken Ausländer. Er ist selbstverständlich auch diesmal gekommen. Aber er sah sich viel an und kaufte wenig! Das gibt harte Enttäuschungen. Die Orders nach dem Auslande sind aus den schon erwähnten Gründen spärlicher geworden. Nordamerika soll auffällig schwach gekauft haben; es gab Zeiten, da es zu den willigsten Großkäufern zählte. Auch England hat wenig bestellt. Rußland verkauft auf der Messe in Dollars.

Das innerdeutsche Geschäft ist, wie der vorsichtig umschreibende Messeinteressent sagt, wesentlich „ruhiger" geworden. Deutlich ausgerückt heißt das, daß die Einkäufer ganz allgemein auf das Fallen der Preise warteten und warten. Man sieht, die Dollarstabilisierung glaubt, — vom Verkäuferstandpunkt aus — aber nicht an ihre Solidität und ihre Dauer. Der Käufer hofft und hart der aus ihr erwachsenden Preisrückgänge, die ebenso notwendig sind, wie sie selbstverständlich bisher noch ausbleiben. Dieser Zustand der Erwartung wirkt sich in vorsichtigem Einkauf aus, zumal die Ordreaufgabe in der Regel per Kasse gedeckt werden muß. Kredit ist sehr teuer, er wird nicht gern genommen und ebensowenig gern gegeben.

Der Verlauf der Leipziger Messe ist eine Voranzeige über den mutmaßlichen Verlauf des Beschäftigungsgrades innerhalb der deutschen Industrie während der nächsten Monate. Deswegen ist damit zu rechnen, daß wir, um das Stichwort der Frühjahrsmesse in übertragenem Sinne anzuwenden, in eine Periode ruhigeren Geschäftsganges hineinkommen. Dabei sind die weiteren Auswirkungen der Ruhraktion im voraus ebensowenig einschätzbar, wie die Verbilligung der Rohstoff-Einkäufe und die vermehrte Steigerung der Kalkulationsgrundlagen, die möglicherweise im Gefolge eines länger andauernden Markstabilisierung wirksam werden können. Daß sie sich auswirken, ist dringend zu wünschen. Es ist ja nicht nur bei den Luxuswaren ein allgemeine sNachlasse der Kaufkraft merkbar. Die breiten Massen sparen schon lange am notwendigeren, ja am allernotwendigsten. Es ist kapitalistischer Wahnsinn, daß heute für Zahnputzmittel sogar die Flugzeuge Reklamedienste leisten müssen, obwohl für die Taten auch der Pappsarg zu teuer ist.

Ruhrbesetzung und internationale Arbeitslosigkeit.

SPD. Der Ruhreinfall muß in seinen Fernwirkungen trotz vorübergehender Erleichterung der Wirtschaftskrise in dem einen oder anderen europäischen Land zu einer neuen Stockung der Wirtschaft und zu neuer Arbeitslosigkeit in Europa führen. Es ist deshalb interessant, zu beobachten, welche Schutzmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit bisher in den Hauptwirtschaftsgebieten der Welt getroffen worden sind.

In Oesterreich verhielt man sich gegenüber der produktiven Erwerbslosenfürsorge lange Zeit abwartend, dann aber zwang das Anschwellen der Arbeitslosenziffer im Jahre 1922 zur Einführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge nach deutschem Muster. Die Beihilfen gehen in erster Linie an öffentliche Körperschaften, in Krisenzeiten auch an Privatunternehmungen. Die Löhne müssen so gestaltet werden, daß kein Anreiz zur Abwanderung aus anderen Berufen entsteht.

Die Schweiz hat besonders stark auf die Produktiv-Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge hingearbeitet. Ausgangspunkt bildete die Schaffung eines Arbeitslosen-Fonds aus einem Teil der Kriegsgewinnsteuer. Insgesamt sind von 1918 bis Ende Januar 1922 vom Bund 164 Millionen, von Kantonen und Gemeinden 110 Millionen Francs für Arbeitsbeschaffung verausgabt worden, sehr viel mehr als für Arbeitslosenunterstützung.

In Italien hat der Staat für Notstandsarbeiten viele Milliarden Lire ausgegeben. Neuerdings sind die Mittel der Versicherungsanstalten hierfür nutzbar gemacht worden.

In Belgien wurde die Regierung im August 1921 ermächtigt, zur Hebung der Ausfuhr den Gegenwert für Ausfuhrgeschäfte unter bestimmten Bedingungen zu gewährleisten. 250 Millionen Francs waren dafür vorgesehen. Die Gewähr beschränkt sich auf 55 v. H. des Rechnungsbetrages und auf drei Jahre. Sie erfolgt in Form einer Gutschrift der Regierung auf den Wechseln, die auf den ausländischen Käufer gezogen werden. Der Käufer hat 10 v. H. des Rechnungsbetrages sofort zu bezahlen und für den Rest Sicherheit zu leisten. — Auch Holland hat das belgische System der Gewährleistung für den Gegenwert bei Ausfuhrgeschäften zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit übernommen.

Sehr umfangreich sind die Maßnahmen produktiver Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit in England. Bis zum Herbst 1922 wurden die Aufwendungen für Notstandsarbeiten auf 50 Millionen Pfund beziffert. Für die Ansiedlung erwerbsloser Kriegsteilnehmer sind 14 Millionen Pfund verausgabt worden. Sehr viel geschah für die Umschulung und Anlernung der ehemaligen Heeres- und Marineangehörigen. Im Juni 1922 standen 24 000 Frauen in Ausbildung als Hausangestellte, Gärtnerinnen u. dergl. Selbstverständlich hat England ähnliche Maßnahmen zur Belebung der Ausfuhr wie Belgien getroffen und noch weiter ausgebaut. Bis September 1922 wurden Ausfuhrvorschüsse bis 21 Millionen Pfund bewilligt. Eine Erhöhung der Mittel auf 50 Millionen Pfund ist geplant.

Dänemark hat sich in der Hauptsache dem deutschen Vorbild angepaßt. — Auch in Schweden hat sich der produktive Gedanke besonders stark durchgesetzt. — In der Tschechoslowakei hat die Regierung Ende des vorigen Jahres (bei 200 000 Arbeitslosen und 300 000 Kurzarbeitern) 420 Millionen Kronen für Notstandsarbeiten angesetzt. Der Staat kann zu den Lohnkosten Zweidrittel beisteuern.

Die Vereinigten Staaten haben, ähnlich wie Belgien, besonders die Förderung der Ausfuhr als Hilfe gegen Arbeitslosigkeit betrachtet. Die Staatskonferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im September 1921 hat aber auch Anstoß zu einer Reihe von Notstandsarbeiten gegeben. — Auch Kanada hat viele Notstandsmaßnahmen durchgeführt. — Südamerika (besonders Chile) baut durch Notstandsarbeiten seine Häfen aus.

Wir sehen, daß alles in allem der Gedanke der produktiven Erwerbslosigkeit international überall durchgedrungen ist. Das Recht auf Arbeit, das die Sozialdemokratie jahrzehntelang überall gefordert hat, wird allmählich in der ganzen Welt anerkannt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 12. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		10. März
Amsterdam	1 fl.	8224,38
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1077,30
Kristiania	1 Kr.	3755,68
Kopenhagen	1 Kr.	3950,10
Stockholm	1 Kr.	5531,13
Helsingfors	1 finn. Mk.	579,54
Rom	1 Lire	987,52
London	1 £	97755,—
Neuyork	1 Dollar	20797,87
Paris	1 Frs.	1246,87
Zürich	1 Frs.	3880,27
Madrid	1 Pesetas	3221,92
Wien	100 Kr.	28,82
Prag	1 Kr.	618,45
Budapest	1 Kr.	6,83

Appell an das Rechtsgewissen.

Der Republikanische Richterbund Deutschlands hat an die Richter der Welt den folgenden Appell gerichtet:

Unter den Formen des Rechts werden zurzeit unsere Volksgenossen Westdeutschlands durch fremde Militärgerichte abgeurteilt, weil sie den Weisungen der deutschen Republik gehorchen, wie das Gesetz es befiehlt. Gegen diese Justiz legen wir freiheitlichen Richter der deutschen Republik vor der ganzen Kulturwelt feierlich Verwahrung ein.

Wir fordern die Anerkennung folgender Grundsätze: Im Fall der Okkupation darf **kein Staatsbürger zu feindlichen Handlungen gegen sein eigenes Land gezwungen werden.** Kein Gericht darf sich als politisches Machtinstrument seines Staates mißbrauchen lassen. Kein Gläubiger, selbst in eigener Not, hat das Recht, den Schuldner bis aufs Blut zu pressen. Wie der Schuldner nach Treu und Glauben leisten muß, so darf der Gläubiger nur in den Schranken von Treu und Glauben heischen und erzwingen.

Wir appellieren an die Richter der Welt: Verwendet Euren Einfluß auf Völker und Regierungen! Setzt Euer Ansehen ein für den unbesiegbaren Gedanken des Rechts, die wichtigste Grundlage wahren Völkerfriedens!

Dieser Aufruf ist auch den Berliner Vertretungen Englands, Amerikas und der neutralen Länder überreicht worden mit der Bitte, ihn durch Vermittlung ihrer Regierungen den Richtern ihrer Länder zur Kenntnis zu bringen.

Vermischte Nachrichten.

Massenprozeß wegen Zuckerwuchers. Vor dem Wuchergericht Bielefeld hat ein umfangreicher Prozeß gegen 13 Groß- und Kleinkaufleute aus Bielefeld, Halle i. W., Osnabrück, Braunschweig und Magdeburg wegen Preiswuchers und Kettenhandels mit Zucker beziehungsweise Beihilfe dazu begonnen. Zu der Verhandlung, die etwa acht Tage dauern wird, sind 34 Zeugen und sechs Sachverständige geladen. Es handelt sich um Geschäfte mit einer Gesamtmenge von 4700 Zentnern Zucker. Der Gerichtshof lehnte Anträge der Verteidigung auf Vertagung sowie Verweisung an die Strafkammer ab.

Das Amulett.

Novelle von C. F. Meyer.

7. Fortsetzung.

Gasparde ist weder meine Tochter noch meine Nichte; aber sie ist bei mir aufgewachsen und gilt als meine Verwandte. Ihre Mutter, die kurze Zeit nach der Geburt des Kindes starb, war die Tochter eines deutschen Reiteroffiziers, den sie nach Frankreich begleitet hatte. Gaspardes Vater aber," hier dämpfte er die Stimme, — „ist Dandelot, des Admirals jüngerer Bruder, dessen wunderbare Tapferkeit und frühes Ende Euch nicht unbekannt sein wird. Jetzt wißt ihr genug. Begrüßt Gasparde als meine Nichte, ich liebe sie wie mein eigenes Kind. Im übrigen haltet reinen Mund, und begegnet ihr unbefangen."

Er schwieg und ich brach das Schweigen nicht, denn ich war ganz erfüllt von der Mitteilung des alten Herrn. Jetzt wurden wir, uns beiden nicht unwillkommen, unterbrochen und zum Abendtische gerufen, wo mir die holdselige Gasparde den Platz an ihrer Seite anwies. Als sie mir den vollen Becher reichte und ihre Hand die meinige berührte, durchrieselte mich ein Schauer, daß in diesen jungen Adern das Blut meines Helden rinne. Auch Gasparde fühlte, daß ich sie mit andern Augen betrachtete als kurz vorher, sie sann und ein Schatten der Befremdung glitt über ihre Stirne, die aber schnell wieder hell wurde, als sie mir fröhlich erzählte, wie hoch sich der Schneider Gilbert geehrt fühle, mich zu beherbergen.

„Es ist wichtig," sagte sie scherzend, „daß Ihr einen christlichen Schneider an der Hand habt, der Euch die Kleider streng nach hugenottischem Schnitte verfertigt. Wenn Euch Pate Coligny, der jetzt beim König so hoch in Gunsten steht, bei Hofe einführt, und die reizenden Fräulein der Königin-Mutter Euch umschwärmen, da wäret Ihr verloren, wenn nicht Eure ernste Tracht sie gebührend in Schranken hielte."

Während dieses heiteren Gespräches vernahmen wir über die Gasse, von Pausen unterbrochen, bald langgezogene, bald heftig ausgestoßene Töne, die den verwehten Bruchstücken eines rednerischen Vortrages glichen, und als bei einem zufälligen Schweigen ein Satz fast unverletzt an unser Ohr schlug, erhob sich Herr Chatillon unwillig.

„Ich verlasse Euch!" sagte er, „der grausame Hanswurst da drüben verjagt mich." — Mit diesen Worten ließ er uns allein.

„Was bedeutet das?" fragte ich Gasparde.

„Ei", sagte sie, „in der Laurentiuskirche drüben predigt Pater Panigarolo. Wir können von unserm Fenster mitten in das andächtige Volk hineinsehen und auch den wunderlichen Pater erblicken. Den Oheim empört sein Gerede, mich langweilt der Unsinn, ich höre gar nicht hin, habe ich ja Mühe, in unserer evangelischen Versammlung, wo doch die lauterste Wahrheit gepredigt wird, mit Andacht und Erbauung, wie es dem heiligen Gegenstande geziemt, bis ans Ende aufzuhorchen."

Wir waren unterdessen ans Fenster getreten, das Gasparde ruhig öffnete.

Es war eine laue Sommernacht und auch die erleuchteten Fenster der Kapelle standen offen. Im schmalen Zwischenraume hoch über uns flimmerten Sterne. Der Pater auf der Kanzel, ein junger, blasser Franziskanermönch mit südlich feurigen Augen und zuckendem Mienenspiel, gebärdete sich so seltsam heftig, daß er mir erst ein Lächeln abnötigte; bald aber nahm seine Rede, von der mir keine Silbe entging, meine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch.

„Christen," rief er, „was ist die Duldung, welche man von uns verlangt? Ist sie christliche Liebe? Nein, sage ich, dreimal nein! Sie ist eine fluchwürdige Gleichgültigkeit gegen das Los unserer Brüder! Was würdet Ihr von einem Menschen sagen, der einen andern am Rande des Abgrundes schlummern sähe und ihn nicht weckte und zurückzöge? Und doch handelt es sich in diesem Falle nur um Leben und Sterben des Leibes. Um wieviel weniger dürfen wir, wo ewiges Heil oder Verderben auf dem Spiele steht, ohne Grausamkeit unsern Nächsten seinem Schicksal überlassen! Wie? es wäre möglich, mit den Ketzern zu wandeln und zu handeln, ohne den Gedanken auftauchen zu lassen, daß ihre Seelen in tödlicher Gefahr schweben? Gerade unsere Liebe zu ihnen gebietet uns, sie zum Heil zu überreden und, sind sie störrisch, zum Heil zu zwingen, und sind sie unverbesserlich, sie auszurotten, damit sie nicht durch ihr schlechtes Beispiel ihre Kinder, ihre Nachbarn, ihre Mitbürger in die ewigen Flammen mitreißen! Denn ein christliches Volk ist ein Leib, von dem geschrieben steht: Wenn dich dein Auge ärgert, so reiße es aus! Wenn dich deine rechte Hand ärgert, so haue sie ab und wirf sie von dir, denn, siehe, es ist dir besser, daß eines deiner Glieder verderbe, als daß dein ganzer Leib in das nie verlöschende Feuer geworfen werde!" —

Dies ungefähr war der Gedankengang des Paters, den er aber mit einer leidenschaftlichen Rhetorik und mit ungezügelten Gebärden zu einem wilden Schauspiel ausgestaltete. Nur er war das ansteckende Gift des Fanatismus oder das grelle von oben fallende Lampenlicht, die Gesichter der Zuhörer nahmen einen so verzerrten und, wie mir schien, blutdürstigen Ausdruck an, daß mir auf einmal klar wurde, auf welchem Vulkan wir Hugenotten in Paris stünden.

Gasparde wohnte der unheimlichen Szene fast gleichgültig bei und richtete ihr Auge auf einen schönen Stern, der über dem Dache der Kapelle mild leuchtend aufstieg.

Nachdem der Italiener seine Rede mit einer Handbewegung geschlossen, die mir eher einer Fluchgebärde als einem Segen zu gleichen schien, begann das Volk in dichtem Gedränge aus der Pforte zu strömen, an deren beiden Seiten zwei große brennende Pechfackeln in eiserne Ringe gesteckt wurden. Ihr blutiger Schein beleuchtete die Heraustretenden und erhellte zeitweise auch Gaspardes Antlitz, die das Volksgewühl mit Neugierde betrachtete, während ich mich in den Schatten zurückgelehnt hatte. Plötzlich sah ich sie erblassen, dann flammte ihr Blick empört auf, und als der meinige ihm folgte, sah ich einen hohen Mann in reicher Kleidung ihr mit halb herablassender, halb gieriger Gebärde einen Kuß zuwerfen. Gasparde bebte vor Zorn. Sie ergriff meine Hand und indem sie mich an ihrer Seite zog, sprach sie mit vor Erregung zitternder Stimme in die Gasse hinunter:

„Du beschimpfst mich, Memme, weil du mich schutzlos glaubst! Du irrst dich! Hier steht einer, der dich züchtigen wird, wenn du noch einen Blick wagst!" —

Hohnlachend schlug der Kavalier, der wenn nicht ihre Rede, doch die ausdrucksvolle Gebärde verstanden hatte, seinen Mantel um die Schulter und verschwand in der strömenden Menge.

Gaspardes Zorn löste sich in einen Tränenstrom auf und sie erzählte mir schluchzend, wie dieser Elende, der zu dem Hofstaate des Herzogs von Anjou, des königlichen Bruders, gehöre, schon seit dem Tage ihrer Ankunft sie auf der Straße verfolge, wenn sie einen Ausgang wage, und sich sogar durch das Begleit ihres Oheims nicht abhalten lasse, ihr freche Grüße zuzuwerfen.

„Ich mag dem lieben Oheim bei seiner erregbaren und etwas ängstlichen Natur nichts davon sagen. Es würde ihn beunruhigen, ohne daß er mich beschützen könnte. Ihr aber seid jung und führt einen Degen, ich zähle auf Euch! Die Ungiemlichkeit muß um jeden Preis ein Ende nehmen. — Nun lebt wohl, mein Ritter!" fügte sie lächelnd hinzu, während ihre Tränen noch flossen, „und vergeßt nicht, meinem Ohm gute Nacht zu sagen!" —

Fortsetzung folgt.

Der große Stoffverkauf

bringt Qualitäts-Waren zu herabgesetzten Preisen

Sportflanelle in verschiedenen Streifen	Meter	1875	
Perkal moderne Bandstreifen, für Hemdblusen und Oberhemden, ca. 80 cm breit	Meter	2500	
Musseline in vielen schönen Mustern ca. 80 cm breit	Meter	2800	
Blusenstoffe waschbar, hellgestreift	Meter	2900	
Reinwoll. Cheviot verschied. Farben ca. 100 cm breit	Meter	7900	
Rockstoffe moderne Streifen und Karos ca. 100 cm breit	Meter	8900	
Frotté aparte Streifen u. Karos, ca. 100 cm breit	Meter	9500	
Reinwoll. Popeline hellfarbig ca. 100 cm breit	Meter	9800	
Reinwoll. Serge schwarz u. marineblau ca. 100 cm breit	Meter	9800	
Kostüm-Cheviot reine Wolle, marine-blau, ca. 130 cm breit	Meter	11800	
Mantelstoffe aparte Frühjahrs-Neuheiten ca. 130 cm breit	Meter	13500	
Reinw. Cheviot für Knaben-Anzüge marinebl., ca. 140 cm br.	Meter	18500	
Donegal die Mode für Mäntel und Kostüme ca. 140 cm breit	Meter	18500	
Reinwoll. Gabardine marinebl., ca. 130 cm breit	Meter	19000	
Reinw. Damentuche schw. u. farb. ca. 130 cm br.	Meter	21000	
Reinw. Gabardine viele mod. Farb. ca. 130 cm breit	Meter	24000	
Wetterfest. Loden f. Pelerin. u. Mänt. ca. 140 cm breit	Meter	19500	
Halbseid. Serge für Jacken-Futter in verschied. Farben	Meter	8500	
Eolienne Wolle mit Seide, in vielen Farben ca. 100 cm breit	Meter	23000	
Kleider-Seiden große Farbenauswahl ca. 90 cm breit	Meter	25000	
Rohseide naturfarbig, ca 80 cm breit	Meter	26000	

Hollstenhaus

Lübeck. ✱ Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. ✱ G. m. b. H.

Amtlicher Teil

Versammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 12. März, abends 6 Uhr.

(14041) Der Vorsitzer. Gustav Ehlers.

Kranksorder Forstrevier. Bezirk Wulfsdorf.

Holzverkauf

am Freitag, dem 16. März 1923, vormittags 10 Uhr in der Gastwirtschaft Stier in Wulfsdorf aus den Forstorten Bäckebusch, Blumenkamp, Heidberg und Tannenkamp:

2 Eichen Stämme V. Kl. mit 1,65 fm, 10 cm Stärke Rollen, 3 m lang, 2 cm Eichen Nutzholz u. Rollen, 187 Rotbuchenstämme I.—IV. Kl. 37 cm Eichen u. Buchen Stock u. Anbruch, 4 cm Nutzholz, 130 Haufen Buchenholz Brennholz.

Krummesse, im März 1923.

(14042) Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Schulmädchen nehm. gel. (14024 Wickedestr. 16 II.

Kanarienweibchen zu verk. (14032 Baarß, Berg.

Süße Herren- und Damenfahrräder (14025) Gr. Kr'ne 44.

Bremer Pelzkragen (Skunks) Opossum Nerz-Grenadiermützen verkauft. Eigene Erzeugnisse empfehlen (14045 Kremsfelder Mütze 68.

Damenfahrrad Gr. 37, 6 g. zu. (14022 Gedenkstr. 1 a II.

1 Schlafsopha zu verk. (14026) Viellnack. Stadt. Sachlager.

Die Gemm auf Anfrage. (14036 **L. Stahlt** Johannisstr. Nr. 20.

Steppdecken Anfertigung u. Ausbesserung. Spezialhaus Breitestr. 31. Fernsp. 3832 (14016

Trinke Quieta! Das Geheimnis berühmter Kaffeeküchen

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H.
Telephon 2471. Hüxstr. 49/51. Geschäftszeit 9-1, 3-6 Uhr.
Uebernahme aller Bestaltungen.

Glockengießerstr. 20.
Die höchsten Preise
für alle Sorten Papierabfälle, Lumpen, Knochen und sonstige Rohprodukte erhalten Sie stets bei
E. Ruben. (14027
Geschäftszeit: täglich ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Erdmann
61 Glockengießerstraße 61
bezahlt die (14030
höchsten Preise
für Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Akten.
Tel. 2751. Sonnabends geschlossen. Tel. 2751.

Meine Schlager!!

la. frische Margarine p. Pfd.	2800
Pfd. amerik. Schmalz „ „	3750
Pfd. Speck „ „	3200
Kunstspeisefett „ „	3100

Lübecker Margarine-Zentrale
Hüxstr. 6. Marktbelle I. Barnstorfstr. 9. Bismarckstraße 27. Hüxstraße 13. Königstr. 18. Aegidienstraße 37. Grüpelgrube. Hüxstr. 22. Friedrichstr. 1. Georgstr. 34. Moisl. Allee 80. Geerdesstr. 30. Marktbelle II. Marlesgrube 18.
Schwarzer — Schimmel.

Neueröffnung
Dienstag (14050
Pfaffenstraße 14.

Ehlers & Rodewisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
10250a

So wie dieser
schützen Tausende auf die Haltbarkeit der
Leder- und Gummisohlen und Absätze
von der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Sohlerei
Großbetrieb
50 Hüxstraße 50.
Robert Jentzen
Fernsprecher 2873.

(14044a

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeiger

Sterbekasse „Die Vertrauliche", Lübeck
Die Kasse wird für das Jahr 1923 vertreten durch die Herren Heinrich Hamann, Gertrudenstraße 12 und Ludwig Diercks, Wakenitzufer 4, als [illegible]. — Der Vorsitzende [illegible] (14037

Zentrale für private Fürsorge.
Generalversammlung
am Dienstag, dem 13. März, abends 6 Uhr, Johannisstr. 47, im Gartenhaus.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenabrechnung. (14035
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

Mitglieder und Gönner herzlich willkommen.

12. 3.
also heute, letzter Annahmetag für die Aussellung, welche am 19. 3. bei Karstadt eröffnet wird. Wir weisen nochmals darauf hin, daß auch antike Möbel angenommen werden.
Zentrale f. private Fürsorge
14042

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck. (14038
Betriebsräte.
Dienstag, den 13. März abends 8 Uhr
bei Leader, Hundestr.
Erscheinen dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 13. März abends 7½ Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Wohnungsbauabgabe. (Gen. Haut.) (14034
2. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte. (14019

Hansa-Theater.
Heute Montag und folgende Tage 7½ Uhr:
Der durchschlagende Erfolg!
Die Prinzessin von Navarra.
Operette in 3 Akten von Edmund Kellner. (14037

Stadttheater Lübeck
Montag 7.30: Volksk. Konzert. (14036
Dienstag 7.30, Ab. B: Der Corregidor.
Mittwoch 7.30, Ab. B: Kater Lampe. (Auf vielfachen Wunsch.)

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 12. März 1923. Nummer 60.

Freistaat Lübeck.

Montag, 12. März.

Die Neuwahl der Betriebsräte!

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Die diesjährige Neuwahl der Betriebsräte wird von den Kommunisten im Zeichen der „Einheitsfront" betrieben. Wie es mit dieser Einheitsfront in Wirklichkeit aussieht, davon gibt ein Blick in die kommunistische Presse und die Arbeitsmethoden der Kommunisten in den Betrieben genügend Aufschluß. Ganz abgesehen davon, daß die Kommunisten das Betriebsrätegesetz als ein wertloses Stück Papier hinstellen und sie jetzt die größten Anstrengungen machen, um ihre Leute bei den Betriebsrätewahlen durchzubringen, liegt ja auch in der täglichen, schmutzigsten Beschimpfung der Gewerkschaften und deren Führer ein großer Widerspruch in diesen Tatsachen und dem Schrei nach der Einheitsfront. Man sollte es deshalb auch nicht für möglich halten, daß trotz aller Erfahrungen mit den Kommunisten, es immer noch Kollegen in den Betrieben gibt, die ohne jeden Grund wichtige Posten bei der Betriebsrätewahl an Kommunisten ausliefern und dafür dann Schikanierungen und Erschwerungen mancherlei Art eintauschen. Gibt es doch Kommunisten als Wahlvorstandsmitglieder, die an Auslegung der Wahlbestimmungen und Erschwerungen der Arbeiten, einem Gegner der Arbeiterschaft und ihren geknebelten Rechten alle Ehre machen würden. Die Gutmütigkeit, um nicht zu sagen Dummheit mancher guter und treuer Gewerkschaftler kennt scheinbar keine Grenzen. Man sollte doch endlich erkennen, daß es sich bei den Kommunisten keineswegs um die Ausnutzung des Betriebsrätegesetzes im Interesse der Arbeiterschaft handelt, sondern, daß sie nur jede Möglichkeit benutzen, um ihrer politischen Propaganda zu nützen. Wir haben doch in den letzten Jahren zur Genüge die Erfahrung gemacht, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen, weil sie praktisch häufig dazu garnicht in der Lage sind, sondern daß es ihnen in erster Linie darauf ankommt, gestützt auf die kommunistischen Betriebsräte „Streikputsche" und andere „Aktionen" zu inszenieren. Die allgemeine Wirtschaftslage der Arbeiter und die damit naturgemäß entstehende Unzufriedenheit, deren Berechtigung auch wir anerkennen müssen, darf uns aber doch nicht veranlassen, in den Betrieben rein gefühlsmäßig den Kommunisten Einfluß einzuräumen, den sie in Wirklichkeit nicht besitzen. Es ist deshalb notwendig, daß die freigewerkschaftlich organisierten, auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kollegen sowohl bei der Aufstellung der Listen, wie auch bei der Wahl auf dem Posten sind. Es ist deshalb auch mehr als lächerlich, wenn sich Kollegen eines Betriebes zu einer Versammlung einladen lassen, die von den Kommunisten einberufen ist (wenn es hoch kommt, nehmen diese Schlauberger auch noch einen unorganisierten oder sogen. „sympathisierenden" Konzessionsschulzen mit) in der eine sogenannte freigewerkschaftliche Liste aufgestellt werden soll. Diese Liste sieht dann in den meisten Fällen so aus, daß mindestens 3—4 Kommunisten an der Spitze stehen, damit wenigstens der von ihnen Gewünschte in den B. R. kommt. Die Kollegen, die nicht der kommunistischen Partei angehören, sollten doch endlich einmal aufhören, es diesen Leuten zu ermöglichen, irgendwelchen Einfluß zu erringen. Wenn die Kommunisten sich in diesem Jahre auf der L. M. G. an die dortige SPD.-Fraktion wenden und sie auffordern, mit ihnen eine gemeinsame Liste aufzustellen, so muß man doch schon sagen, daß eine ziemliche Portion Unverfrorenheit zu einem solchen Schritt gehört. Dieselben Leute, die man ein ganzes Jahr lang auf die gemeinste Art und Weise verdächtigte, sie des Verrats, der Unterschlagung, der Bestechung und wer weiß wessen alles beschuldigte, dieselben Leute fordert man jetzt auf, mit den Kommunisten auf einer gemeinsamen Liste zu stehen. Ein solches Verlangen sollte jedem zum Denken veranlassen. Die einzige freigewerkschaftliche Liste, die möglich ist, ist eine solche, die sich streng an die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses hält. Die Kommunisten als Anhänger der Moskauer Gewerkschaftsinternationale können für sich nicht in Anspruch nehmen, daß man ihnen Glauben schenken soll, solange sie ihre Weisungen — auch für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit — von ihren politischen Zentralen des In- und Auslandes erhalten. Es ist deshalb erfreulich, daß auf der L. M. G. sowohl die Betriebsversammlung der SPD. wie auch die Vertrauensmännersitzung das Ansinnen der Kommunisten ablehnte.

So sollte man überall verfahren. Die Berechtigung dazu haben wir auf Grund der Erfahrungen mit den Kommunisten in den letzten Jahren. Nicht aus Unzufriedenheit oder sonstigen Gründen sollte deshalb ein Kollege durch irgendwelche Hilfe, sei es durch Aktivität oder durch passives Beiseitestehen, den Bestrebungen der Kommunisten Vorschub leisten. Erkenne jeder, daß die Kommunisten trotz aller Rederei von der Einheitsfront, versuchen, **durch die Betriebsräte einen Keil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben.** Jeder Kollege muß sich bewußt sein, daß die Betriebsräte wohl nur eine begrenzte, aber doch eminent wichtige praktische Arbeit Hand in Hand mit den Gewerkschaften zu leisten haben.

Nach diesen Gesichtspunkten, Kollegen, habt Ihr zu handeln!

Berufsberatung.

Für die zukünftige wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes wird von einschneidender Bedeutung sein, wie sich unsere Ausfuhr gestaltet, welche Beträge davon vom Auslande in unser Land fließen. Diese werden im wesentlichsten davon abhängen, in welchem Maße wir in der Lage sein werden, Qualitätsware für das Ausland herzustellen. Die Voraussetzung ist hierfür neben der möglichst günstigen Entwickelung der allgemeinen Bildung die Heranbildung von Qualitätsarbeitern. Es wird daher mehr als bisher geboten sein, jeden an den Platz, in den Beruf zu bringen, in den er seiner körperlichen, geistigen und seelischen Veranlagung nach am meisten zu leisten imstande sein wird. Diese Aufgabe mit zu erfüllen, ist Zweck der jetzt fast in allen größeren Orten bestehenden Berufsberatungsstellen. Leider konnten sie dieser Aufgabe bisher nur in beschränktem Umfange gerecht werden. Das liegt zum Teil daran, daß eine Reihe von Eltern die Beratungsstellen überhaupt nicht in Anspruch nimmt, sondern unter der Hand ohne eine eigentliche Beratung, lediglich nach mehr äußeren Rücksichten ihre Söhne und Töchter unterbringt. Ein weiterer Grund ergibt sich aus dem Umstande, daß die eigentliche Beratung bei manchen Eltern nur in wenig Fällen wirklich beachtet wird. Ferner muß naturgemäß das Angebot an Lehrstellen bei der Auswahl des Berufes eine gewisse Beachtung finden. Vor allem aber fehlt es den Berufsberatungsstellen an den nötigen sicheren Unterlagen für die Beurteilung der oben erwähnten Eignung des zu Beratenden. Um diese zu gewinnen, hat die hiesige Berufsberatungsstelle (beim Arbeitsamt) sich zunächst der wichtigsten Mitarbeit der Schulen versichert. Im letzten Jahre ist dazu die Mitarbeit des Schularztes getreten; dadurch wurde eine größere Sicherheit der Grundlage für die physische Berufseignung gewonnen. Eine wichtige Seite konnte bisher aber nur mäßig berücksichtigt werden, die psychische Eignung. Die wissenschaftliche Forschung hat in den letzten Jahren auf diesem Gebiete erhebliche Fortschritte gemacht. An der Hand von sogenannten Test-Prüfungen sucht man die Eigenart der in Frage kommenden Kinder festzustellen. Die wissenschaftlichen Erprobungen werden fortgesetzt und von einzelnen großen industriellen Werken wie von einigen Eisenbahn-Verbindungen bei der Auswahl der Lehrlinge bereits praktisch verwertet. Es ist zu hoffen, daß wir auch in Lübeck demnächst in der Lage sein werden, die Berufsberatung nach dieser Seite hin zu erweitern. In den von der Oberschulbehörde eingerichteten Fortbildungskursen hat Herr Prof. Dr. Döring im letzten Winter diesen Gegenstand behandelt. Weitere Kurse hierin sind in Aussicht genommen. In einer Versammlung am Donnerstag, dem 15. ds. Mts., abends 8 Uhr in der Aula der Ernestinenschule wird Herr Professor Dr. Döring über diese Seite der Berufsberatung sprechen. Alle, die Interesse hierfür haben, können der Versammlung beiwohnen.

Steuerabzug vom Arbeitslohn, insbesondere vom Deputat:

Zu der Bekanntmachung in der Sonnabend-Nummer über die Neufestsetzung des Geldwertes der Natural- und sonstigen Sachbezüge wird uns vom Finanzamt geschrieben:

Dem Steuerabzug unterliegt nach § 45 des Einkommensteuergesetzes der gesamte Arbeitslohn, einerlei in welcher Form oder unter welcher Bezeichnung er gewährt wird. Nach § 46 a. a. O. sind 10 vom Hundert des Arbeitslohnes unter Berücksichtigung der Ermäßigungen einzubehalten; ein Unterschied zwischen Barlohn und Sachbezügen ist hierbei nicht gemacht. Der Steuerabzug ist daher auch von den Sachbezügen vorzunehmen. Reicht der Barlohn zur Deckung des Steuerabzugsbetrages nicht aus, so ist der Arbeitgeber, falls der Arbeitnehmer es nicht vorzieht, den fehlenden Betrag zuzuzahlen, verpflichtet, den erforderlichen Teil der Sachbezüge einzubehalten und daraus den Steuerabzug zu decken.

In Anwendung der jetzt gültigen Bewertungssätze errechnet sich der Steuerabzugsbetrag wie folgt:

Ein verheirateter Landarbeiter mit zwei minderjährigen Kindern erhält im Laufe des Jahres folgende Deputate:

1. freie Wohnung	2 400 M
2. 30 Zentner Getreide (s. Bekanntm.)	981 000 M
3. ein Ferkel	50 000 M
4. Kartoffelland	45 000 M
5. freie Kuhhaltung	330 000 M
6. freies Brennmaterial	67 500 M
zusammen	1 475 900 M

Auf den Monat entfällt ein Anteil von 1 475 900 : 12 = 122 992 Mk. Bezieht dieser Arbeitnehmer z. B. im Monat März 1923 einen Barlohn von 15 000 Mk., so beträgt der dem Steuerabzug für den Monat März zugrunde zu legende Gesamtarbeitslohn 122 992 + 15 000 = 137 993 Mk. Die Steuer hiervon beträgt 10 v. H., also 13 799 Mk. Dieser Betrag ermäßigt sich um

a) für den Steuerpflichtigen	800 M
b) für seine Ehefrau	800 M
c) für die beiden Kinder je 4000 M	8 000 M
d) für Werbungskosten	4 000 M
zusammen	13 000 M

Es sind daher im Monat März 13 799 — 13 600 Mk. = 199 Mark an Steuern einzubehalten.

Sozialdemokratischer Verein.

Dienstag abend 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus

Karl-Marx-Gedenkfeier

unter Mitwirkung des Chorvereins.
Die Gedenkrede hält Genosse Bromme.

Die Angst des Herrn Coleman.

Da unsere Geschäftsleitung der Meinung ist, daß der weitreichende Einflußkreis des „Volksboten" bei vielen Geschäftsleuten nicht bekannt ist, hat sie dem „Lübecker General-Anzeiger" das folgende Inserat übermittelt:

Die freien Gewerkschaften,
die freigewerkschaftlichen Angestellten,
die Gewerkschaften der Beamten,
vereinigt
im ADGB., in der Afa, im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund
haben zusammen
28000 Mitglieder.

Das offizielle Publikationsorgan obiger Organisationen ist der Lübecker Volksbote. Wer deshalb in Lübecker Volksboten inseriert, erzielt durchschlagenden Erfolg.

Der General-Anzeiger lehnte dieses Inserat ab. Weshalb? Da er, nach seiner eigenen Angabe, fürchtet, daß ihm nach Kenntnisnahme dieser Tatsache viele Inserenten den Rücken kehren und im „Volksboten" inserieren werden.

Die Schlußfolgerung ergibt sich für die Lübecker Geschäftswelt von selbst. Wir haben der Auffassung des Herrn Coleman nichts hinzuzufügen.

Konsumvereine „verkaufen" nicht.

Ein weiter zurückliegendes Urteil des Kammergerichts in Berlin spricht schon davon, daß bei der Verteilung von Bedarfsgütern unter die Konsumvereinsmitglieder von einem „Feilhalten" und „Verkaufen" nicht gesprochen werden könne. Die Mitglieder „entnehmen" vielmehr die Bedarfsgegenstände aus den gemeinschaftlichen Vorräten, an denen ihnen ein Miteigentum zusteht. Aus diesem Erkenntnis des Kammergerichts spricht eine Beurteilung, die dem Wesen der Konsumgenossenschaften durchaus gerecht wird. Es ist daher erfreulich, daß sich auch die unteren Instanzen dem vom Kammergericht eingenommenen Standpunkt immer mehr anschließen. So konnte bereits ein Urteil des Schöffengerichts Gelsenkirchen mitgeteilt werden, das sich der Rechtsprechung des Kammergerichts anschloß. In den letzten Wochen hat sich das Schöffengericht Husum hinzugesellt, das in einer Strafsache gegen den Geschäftsführer des Konsumvereins Husum durch Urteil vom 3. Januar 1923 einmal entschied, daß die Konsumvereine Bedarfsgegenstände weder feilhalten noch verkaufen, und dann, daß die vom Konsumverein eingelagerten Bedarfsgüter Miteigentum der Mitglieder seien. (Den zuletzt erwähnten Gesichtspunkt müssen vor allem diejenigen Kreise beherzigen, die nicht begreifen können, daß es ungerecht ist, die Konsumvereine mit der Umsatzsteuer zu belasten!) Bei dem Urteil des Schöffengerichts Husum handelt es sich um die Frage, ob eine Polizeiverordnung, durch die der Aushang von Preisverzeichnissen im Schaufenster angeordnet wird, auch auf Konsumgenossenschaften Anwendung findet. Das Schöffengericht Husum verneint diese Frage, da nach § 1 der Verordnung des Oberpräsidenten vom 31. Oktober 1922 zum Aushang von Preisverzeichnissen verpflichtet ist, wer Lebensmittel im Kleinhandel feilhält. Von einem solchen Feilhalten, das heißt zum Kauf für jedermann bereithalten, könne beim Konsumverein keine Rede sein, weil die Waren nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten an die Mitglieder abgegeben und nicht von ihnen gekauft würden. Es ist zu erwarten, daß diese Rechtsprechung Schule macht. Ein Gericht, das das Wesen der Konsumgenossenschaft gründlich durchdenkt, kann nur zu den mitgeteilten Ergebnissen gelangen.

Die Lübecker Lebenshaltungsindexziffer für Ernährung, Beleuchtung, Heizung und Wohnung beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes am 7. März 285 920 gegen 288 917 in der Vorwoche und 279 742 im Februar-Durchschnitt; sie ist demnach gegenüber dem 28. Februar um 1,0 Prozent zurückgegangen, gegenüber dem Februardurchschnitt aber noch um 2,2 Prozent gestiegen. Mit den Bekleidungsausgaben stellt sich die Indexziffer auf 298 899 gegen 305 520 im Mittel der Februar; das ist ein Rückgang von 1,5 Prozent.

Zur Lage der Lübecker Straßenbahn. In einer Zuschrift der Direktion wird gesagt, daß die Betriebseinschränkung von über 50 Prozent glücklicherweise keine gleich großen Mindereinnahmen gebracht habe. An Strom- und Personalkosten wurden täglich weit über eine Million Mark gespart, so daß die Möglichkeit bestehe, den Betrieb noch weiter auf allen Linien aufrecht zu erhalten. Der Wunsch nach einem Fahrpreis für 2 Zonen könne kaum erfüllt werden. Eine Mehreinnahme würde dadurch nicht erzielt. Wohl würden mehr Fahrgäste die Bahn benutzen, aber deren Zahl würde bestimmt nicht ausreichen, die jetzige Einnahme einzubringen. Der heutige Fahrpreis von 250 Mk. bis zu vier Zonen bedeute praktisch schon den Mindestpreis für 2 Zonen. Wenn man berücksichtige, daß allein die Kohlen das 12000fache, die Löhne das 2000fache der Vorkriegszeit betragen, könne man mit einem Fahrpreis vom 2500fachen kaum noch auskommen. Eine Verbilligung der ersten Zonen würde nur zu einer Verteuerung der weiteren Zonen führen, was vom Standpunkte der Siedlungspolitik und des Berufsverkehrs eine Belastung der Mußfahrer zugunsten der Bequemlichkeitsfahrer bedeuten. In anderen Städten habe man mit Kurzfahrertarifen keine Erfolge erzielt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1923 39 940 Mitglieder gegen 41 921 im Jahre 1922. Auf Männer entfielen davon 23 395 (1922: 24 665), auf Frauen 16 545 (1922: 17 256). Arbeitsunfähig krank waren am letzten Februar 480 Männer (1922: 1044) und 569 Frauen (1922: 971). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar 2998 (1922: 3105) erteilt. Sterbegeld wurde im Februar für Mitglieder in 40 Fällen, für Angehörige in 40 Fällen gewährt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 38 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Das Geschäft rentiert sich. Der Aufsichtsrat der Milch-Aktiengesellschaft Lübeck beschloß, nach dem L. A., für das verflossene Geschäftsjahr nach angemessenen Abschreibungen eine Dividende von 30 Prozent der demnächstigen Generalversammlung vorzuschlagen. Das Aktienkapital soll um weitere 15 Millionen auf 25 Millionen erhöht werden. — „Angemessene" Abschreibungen und 30 Prozent .... Na ja, Milchpreis und Milchprodukte richten sich nach dem steigenden Dollar und 620—720 Mark für einen Liter Milch sind auch kein Pappenstiel. Aber eine Unverschämtheit ist die ständige Behauptung der Milchwirtschaftsinteressenten, daß die Geschichte nichts einbringe. Siehe obige Tatsache.

Verworfene Revision. Am 15. Dezember 1922 wurde vom hiesigen Schwurgericht die Ehefrau Marie Strohbehn geborene Howoldt, wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die seitens der Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist am 8. März vom Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig als unbegründet verworfen worden.

Probefahrt. Der auf dem Travewerk der Gebrüder Goedhart Aktiengesellschaft in Siems bei Lübeck für die Firma Jorjan u. Silberbauer, Hamburg, erbaute Schleppdampfer „Condor" hat am 8. März seine Probefahrt, die in allen Teilen befriedigend ausfiel, erledigt. Der Schlepper hat folgende Abmessungen: Länge 16 Meter, Breite 4,80 Meter, Seitenhöhe 2,36 Meter. Die Maschinenanlage besteht aus einer zweifachen Expansionsmaschine von 160 PS Leistung. Der Schlepper trat sofort im Anschluß an die Probefahrt die Reise nach Hamburg durch den Elbe-Trave-Kanal an und führte im Schlepp eine gleichfalls für genannte Firma gebaute Kohlenschute von 200 Tonnen Tragfähigkeit mit sich, welche Schuten auf dem Travewerk serienweise gebaut werden.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Lucrezia Borgia. Nach den Erfolgen von „Anna Boleyn" und „Lady Hamilton" schuf Richard Oswald hier einen dritten großen historischen Film. Alle nur erdenklichen Hilfsmittel sind aufgeboten. Prächtige italienische Landschaften und Renaissance-Architekturen, riesige Bauten, eine Unmasse von Requisiten und die prominentesten Schauspieler, wie Bassermann, Wegener, Lydia Salmanowa, Käte Waldeck usw. Renaissancegeschichte der Borgias hat der Literatur schon manchen Stoff geboten. Man kann es begrüßen, daß Oswald die Familie der Borgias auf großem historischem und farbenreichem Hintergrund aufleben läßt. Papst Alexander VI. war der weltlichste, genußgierigste und skrupelloseste aller Päpste. Mit seinem legitimen Kinde Lucrezia, der vielgefeierten, die der Blutschande bezichtigt, aber auch als große Kunstfreundin gefeiert wurde — Juan (historisch Giulio), dem Idealisten, und Cesare, dem Brudermörder und bestialischen Gewaltmenschen, hat sich dieser Papst unsterblich gemacht. Dolchstöße und Giftmorde waren in seiner Umgebung etwas Alltägliches. Der Film vergewaltigt aber die Geschichte. Aus den Söhnen und der Tochter des Papstes werden Neffen und Nichten gemacht. Der siebenaktige Film bietet Fülle bildkräftiger Eindrücke. Stimmungsvolle Landschaften umrahmen die Handlung. Massenszenen sind nicht gespart worden. Besonders grandios wirken die Vorgänge im Zirkus und die Belagerung der Burg Pesaro, die Lucrezias erster Mann, Graf Giovanni Sforza, abschlägt. Aber der Abschluß jener gewaltigen Zeit wird durch dieses Massenwirken nicht lebendig gemacht. Zu Beginn des Spielplans wurde der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet gezeigt, und der Abmarsch der Amerikaner aus Koblenz. Beim Wiederholen des Sternenbanners und dem Aufziehen der Trikolore gestatteten sich verschiedene Hakenkreuzler eine geschmacklose Pfeiferei zu beginnen. Jedes Tierchen hat sein Plätzchen. Charlie Chaplin erweckte als Auswanderer gewaltige Lachsalven.

Hansa-Theater. „Die Prinzessin von Navarra", komische Operette von Dr. Herzfeld, Musik von Edmund Kellner. Wenn der Zettel es nicht ausdrücklich behauptet hätte, so würde das Publikum es zweifellos nicht bemerkt haben, daß es eine komische Operette sein sollte, die am Sonnabend uraufgeführt wurde. Komisch war daran weder die „Handlung" noch die Musik. Operettengeschehnisse pflegen ja mit der Wirklichkeit nur sehr lose Beziehungen zu haben; aber auch Unsinn kann manchmal lustig sein. Dieser war es leider nicht. Da auch die musikalischen Bemühungen des Herrn Kellner, der zwei wohl von ihm für besonders gelungen gehaltene „Schlager" dem Publikum, ohne seine Absicht zu erreichen, zum gefälligen Mitsingen unter kinematographischer Beihilfe offerierte, keine erheblichen Resultate aufwiesen, sondern recht sehr an der Oberfläche haften blieben, so war die Unterhaltung mit und bei der „Prinzessin von Navarra" nur höchst mäßig. Man vermißte hübsche Melodien, gediegene Ensembles, vernahm hingegen manche Erinnerungen. Den Mitwirkenden muß nachgerühmt werden, daß sie sich die von ihnen gewiß als vergeblich erkannte Arbeit nicht verdießen ließen und tapfer darauf losfangen und spielten. Lissy Niemsz in der Titelrolle, Ludwig Ziegler als der Prinz, der sie heimführt, Reinhard Wolff als Gouverneur des Prinzen, Paul Schüßler als Koch Mactonio und Ella Loeb als Zofe verdienen für die Todesverachtung, mit der sie auf verlorenem Posten aushielten, die Tapferkeitsmedaille. Nach dem zweiten Akt erschienen auf der Bühne, ohne daß das Publikum es gerade stürmisch begehrt hatte, zwei ältere Herren in Zivil, in denen man wohl die Väter der „Prinzessin" vermuten durfte, und verneigten sich dankend. Am Schlusse der Vorstellung sah man sie nicht mehr. Wie wäre es, wenn das Hansa-Theater diese „Prinzessin" bald vergessen könnte und sich dafür etwa eines „Don Cesar", „Farinelli" oder der „Landstreicher" und ähnlicher lustiger Patrone erinnerte? Die Kräfte dafür hat es doch. ×

pb. **Freundliche Bedienung.** Festgenommen wurde ein an der Untertrave wohnhaftes Buffettfräulein, das einem Gaste, den es zu bedienen hatte, 400 000 Mark gestohlen hatte.

pb. **Festgenommen** wurde ein Schlachter aus Schwartau, der vor einigen Tagen in das Geschäft eines in der Fleischhauerstraße wohnhaften Stoffhändlers eingebrochen war und dort schon eine große Menge Stoffe zum Mitnehmen eingepackt hatte.

*

Schönböken. In einer öffentlichen Versammlung sprach am Freitag Genosse Dr. Leber in den überfüllten Räumen des Landhauses. Eingehend behandelte er die „Ruhrbesetzung und ihre Folgen". Außenpolitisch beleuchtete er das Thema mit seinem geschichtlichen Hintergrunde, ging dann auf die damit verstrickte deutsche Innenpolitik über. Nie sei es offensichtlicher gewesen, so führte Genosse Dr. Leber aus, als jetzt, daß das Schicksal der deutschen Republik gleichzeitig das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft ist; mit der Republik und ihrer Einheit würde für die Arbeiterschaft auch die Frucht ihres jahrzehntelangen Freiheitskampfes verschwinden. Für Jahrzehnte würde das zerrissene und niedergebrochene Deutschland der Tummelplatz der rückschrittlichsten und abenteuerlichsten Politiker. Aus dieser Erkenntnis ergebe sich die Stellungnahme des organisierten Proletariats, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zu dem gegenwärtigen Ruhrkonflikt von selbst: Zäher passiver Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus — Verständigungswille auf der Grundlage der Lebensmöglichkeit für die einheitliche Republik. Abwehrkampf aus der festen Ueberzeugung, daß das Recht schließlich doch über die Gewalt siegen müsse.

In der Diskussion sprach der Kommunist Rickel. Was sprach er? Stundenlang über die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führer — ein höchst modernes Thema! Und dann erzählte er kreuz und quer die unglaublichsten Sachen. Operierte mit ungeheuerlichen Zahlen, wußte [illegible] selbst nicht, ob er Milliarden oder Millionen mein[illegible] [illegible] wenn er 15 meinte, sagte 500 wenn er 5 meinte, [illegible] er 300 meinte und endigte schließlich unter allgemein[illegible] [illegible].

Dem Genossen [illegible] war es ein Leichtes, an dem Beispiel eines solchen Gegners zu zeigen, gegen was für Leute die Sozialdemokratie kämpfen müsse, und welch verhängnisvolles Geschick der Arbeiterbewegung drohe, wenn sie sich nicht von den kommunistischen Schwadroneuren frei zu halten wisse.

Die von rund 120 Personen besuchte Versammlung spendete [illegible] Beifall.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Arbeitsgemeinschaft Dreger, Betriebsräteschule! Der Unterricht über das Betriebsrätegesetz muß leider wegen [illegible] dringenderer Arbeiten abgebrochen werden. Diejenigen Schüler, die sich besonders für das Schlichtungswesen interessieren, werden gebeten, ihren Namen und Adresse dem Gewerkschaftssekretariat bekannt zu geben. Der Vollzugsrat.

Stadttheater. Dienstag wird Hugo Wolfs Oper „Der Corregidor" wiederholt. Mittwoch: Auf vielfachen Wunsch „Kaiser Lenz".

Angrenzende Gebiete.

— **Kirchdorf i. Lübeck.** Der Sozialdemokratische Verein hielt am Freitag abend eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Wolfradt sprach über die politische und wirtschaftliche Lage. In der Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß die Holzpreise für die [illegible] Bevölkerung im Landgebiet unerschwinglich sind. Die [illegible] müsse dafür Sorge tragen, daß der Bevölkerung bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze billiges Brennholz verabfolgt wird. Der Landhunger ist immer noch vorhanden. Auch hier könnte die Finanzbehörde bei einigem guten Willen zufriedenere Menschen schaffen.

Hemmelsdorf. Feuer. Am 7. März brannte die Wohnkate der Witwe [illegible], die von mehreren Familien bewohnt wurde, vollständig nieder. Das Feuer breitete sich mit einer derartigen Schnelle aus, daß nur sehr wenig Hausgerät gerettet werden konnte. [illegible] im Werte von 6 Millionen Mark verbrannt. Bedauerlicherweise sind die Abgebrannten gar nicht oder sehr niedrig versichert, so daß sie auch auf diesem Wege keinen Ersatz erhalten.

Boizenburg (Elbe). Vom Schlachtfeld der Arbeit. Eine wahre Unglücksstätte für die Arbeiter ist die sogenannte [illegible] in Zweedorf bei Boizenburg, die übrigens, nebenbei bemerkt, dem Unternehmer fabelhafte Gewinne einbringt. In dem Betrieb haben schon eine ganze Reihe schwerer Unfälle stattgefunden, die zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen Leben und Gesundheit kosteten. [illegible] Regierungs [illegible] „H. K." [illegible] Beim Herausschaffen von [illegible] erplodierte eine [illegible]. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt und zwei leichter verletzt. Bei Gelegenheit eines der letzten schweren Unfälle, der einem [illegible] Arbeiterinnen das Leben kostete, wurde an die Aufsichtsbehörde die Frage gerichtet, ob es dieser [illegible] Arbeitsstelle auch für genügenden Schutz der Arbeiter gesorgt ist. Irgendeine Antwort wurde nicht gegeben.

Kiel. Raubmordversuch. Zwei der Fürsorgeerziehung entlaufene Burschen im Alter von 13 und 15 Jahren überfielen kürzlich in der [illegible] in Gaarden eine Hausbesitzerin, warfen ihr eine Schlinge um den Hals und würgten sie solange, bis sie die Besinnung verlor. In der Meinung, daß die Ueberfallene tot sei, plünderten sie dann einen Raub aus. Da die Schlinge sich nicht fest [illegible], kam die Ueberfallene nach einiger Zeit wieder

zu Besinnung und schrie um Hilfe. Nachbarn eilten herbei und konnten die noch in der Wohnung anwesenden jugendlichen Raubgesellen festnehmen, worauf sie dem Polizeigefängnis zugeführt wurden. — **Reichsjustizminister a. D. Professor Dr. Radbruch**, ein geborener Lübecker, wurde durch Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wieder zum ordentlichen Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel ernannt mit der Verpflichtung, Strafrecht, Strafprozeß, Kriminalpolitik, Rechtsphilosophie, Völkerrecht in Vorlesungen und Uebungen zu vertreten. Professor Radbruch wird sein Amt zum Sommersemester antreten.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Der Corregidor. Oper in 4 Akten von Hugo Wolf. Auch die hiesige Aufführung dieser in Lübeck bisher unbekannten Oper kann das längst feststehende Urteil der Musikgeschichte nicht revidieren, wie es am knappesten Hugo Riemann auf die zutreffende Formel gebracht hat: „deren Musik blühend, aber keine Theatermusik ist". Dieser Musik, die viele schöne Einzelheiten, Lyrik von zarter und demütigender Empfindung und eine geistreiche Orchesterbehandlung aufweist, fehlt der organische Zusammenhang mit der Bühne, an deren Situationen sie oft matt und mühsam vorbeispielt. Gewiß eine feinsinnige und verständige Musik, die sich vor allem in den Zwischenspielen sehr wirkungsvoll gibt, aber ohne dramatisches Leben und ohne mitreißenden Schwung. Und daß der nach der Novelle „Der Dreispitz" des Alracon von Rosa Mayreder-Obermayer bearbeitete Text der Bühnenwirksamkeit sonderlich förderlich sei, darf kaum behauptet werden. Der alte, verliebte und bucklige Corregidor (in Spanien so etwas wie ein Landrat) stellt der schönen und verschmitzten Müllerin nach; es geht ihm, wie es solchen Liebhabern zu gehen pflegt: er fällt in den Mühlgraben, wird verprügelt, bekommt beinahe Hörner aufgesetzt und muß schließlich deh- und wehmütig um Verzeihung bitten — und dann lacht die liebe Morgensonne (hier gerade am Schluß findet Hugo Wolf eine Vertonung von gesteigerter Eindringlichkeit und Innigkeit) —und es war alles, alles gut! — Das läßt sich in einer Novelle anmutig und spaßhaft erzählen; auf der Bühne sind die Fäden viel zu verwirrt, und Erzählungen (die wir dank der schlechten Aussprache sehr oft nicht verstanden) erschweren das Verständnis der Hörer. — Man merkte der Wiedergabe an, daß die Oper auch den Bühnenleuten fremd ist. Herrn Kopps Corregidor muß man gelten lassen; ein verliebter, nervöser und bureaukratenhaft-herablassender Geck. Herr Kiechle brachte sich als Diener durch die Undeutlichkeit seiner Aussprache um manche wirkungsvolle Episode, und der eifersüchtige Müller des Herrn Prohaska stand viel zu sehr auf dem hohen Kothurn des Dramas und gefährdete mit seinen schweren Akzenten den Stil dieser komischen Oper. Gegen die musikalischen Leistungen der Sänger waren Einwendungen nicht zu erheben; in den Vordergrund stellte sich Frau A. Mannstaedt-Gander als Müllerin Frasquita und fand für ihr sicheres Können die verdiente Anerkennung. — Die unaufhörlich gemimte Trunkenheit des Gerichtsboten war von geradezu grotesker Unmöglichkeit. Herr Kapellmeister K. Mannstaedt hatte sich der Oper mit lebhaftem Interesse angenommen, Herrn von Bongardts Inszenierung war ebenso auf ihre Absichten eingegangen. H.

*

Konzert Kolessa. Im Kolosseum hörte man im vierten Konzert des Vereins der Musikfreunde eine junge Pianistin, von der die Berliner Zeitungen Wunderdinge zu erzählen wußten: Lubka Kolessa. Schon der Name läßt erkennen, daß es sich um eine Ausländerin handelt; doch das ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß sie etwas kann. Und sie kann viel; trotz mancher überschwänglichen Presseäußerungen. In ihrem Wesen spürt man Genialität; die Leichtigkeit, mit der sie die technischen Schwierigkeiten meistert, die temperamentvolle, grundmusikalische Art ihres Spiels, die Kraft des Ausdrucks fesselt immer, ob sie nun Brahms, Bach oder Chopin wiedergibt oder andere kleine Kunststücke vollführt. Der Beifall, der der liebenswürdigen Künstlerin von dem sehr zahlreichen Publikum gespendet wurde, steigerte sich zum Enthusiasmus. ×

Gewerkschaften.

Gewerkschaftsdisziplin. Der Vorstand des Allrussischen Gewerkschaftsbundes hat im Februar 1922 folgende Richtlinien aufgestellt:

„Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen ... wie müssen die strengste Disziplin einführen ... man muß auf Disziplin achten ..."

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedsspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen."

Arbeiter, merkt euch diese Worte und haltet sie jedem „wilden Mann", der sich gegen die Verbandsdisziplin auflehnt, unter die Nase. Auch den „Machern" wilder Streiks müssen diese Zitate aus den Richtlinien der kommunistischen russischen Gewerkschaften vorgelesen werden. Was die Kommunisten von den Arbeitern verlangen, dürfen wohl auch die freien Gewerkschaften von ihren Mitgliedern verlangen, ohne neue Beschimpfungen von den „Radikalen" zu ernten.

(Ausschneiden und in den Betrieben ankleben.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Staatsgeschenke an die Agrarier.

Der frühere Flugplatz zu Blankensee ist zum großen Teil mit einem Knick umgeben. Dieser Knick ist seit langen Jahren nicht mehr geschlagen worden und wild und kräftig in die Höhe geschossen. Nun ist die Abholzung dieses Knicks an einen Groß- und einen Kleingrundbesitzer (beide schwimmen bis an den Hals im Fette) für die geradezu lächerliche Summe von 20 Mark für den laufenden Meter vergeben worden. Für den Staat bringt dies einige tausend Mark ein, für die Käufer des Holzes bedeutet dies aber zweifellos einen Gewinn von Millionen in Anbetracht der Tatsache, daß große Holzmengen auf den laufenden Meter kommen und außerdem Eiche vorwiegend ist. Wie kommt es, daß die Abholzung dieses Knicks privatim an einige unternehmungslustige Großagrarier vergeben wird, während die Not grelle Schatten auf unser deutsches Vaterland wirft? Auch hier in Lübeck befinden sich viele Arme, die gern einige Meter von dieser Abholzung gekauft hätten, um im nächsten Winter dem Klappern der Zähne Einhalt zu tun. So wird der Preis von den Erstehern unbezahlbar sein. Warum holzt der Staat diese großen Holzmengen nicht selbst ab und stellt sie der armen Bevölkerung zu einem erschwinglichen Preise zur Verfügung? Oder warum vergibt er die Abholzung dieser langen Strecke nicht meterweise an wirklich bedürftige Leute? H. Stoeter.

Ein Beitrag zum Kapitel der Landflucht.

Da die Not als Erwerbsloser an und für sich schon sehr groß ist und man einen 20jährigen Sohn nicht mit durchschlagen kann, nahm mein Sohn wieder auf dem Lande Stellung und zwar bei dem Landmann Ecklebe in Schattin. Aber wie mag es in der Leutekammer dieses Herrn aussehen? Denn als mein Sohn zurückkam war er vollständig verlaust! Unter anderen Arbeiten, die mein Sohn dort verrichten mußte, gehörte auch Holzschneiden mit einer Kreissäge, wobei ihm Herr Ecklebe behilflich war. Dabei passierte das Malheur, daß mein Sohn der Säge zunahe kam und sich den Mittelfinger der rechten Hand absägte. Anstatt nun schnell zu telephonieren oder selbst anzuspannen, und so schnell wie möglich meinen Sohn ins Krankenhaus zu bringen oder einen Arzt zu holen, wurde mein Sohn trotz starken Blutverlustes um ½5 Uhr nach Lübeck geschickt; wo er bei uns unter Weinen um 8½ Uhr ankam! Vom Arzt untersucht, mußte er nun schnellstens ins Krankenhaus. — Was hätte dieser Menschenfreund von Agrarier wohl getan, wenn ihm eines seiner Tiere verunglückt wäre? Er hätte schnellstens einen Arzt gerufen! Aber mit seinem Knecht, dem Proleten, dem Armen, da hat man kein Erbarmen!! August Geist.

Neue Bücher.

„Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin." Von Adelheid Popp. Mit einführenden Worten von August Bebel. Vierte Auflage. 1922. J. H. W. Dietz Nachf., Berlin-Stuttgart. Die Jugendgeschichte der tapferen Adelheid Popp ist trefflich geeignet, in jungen Herzen eine opferfreudige Begeisterung für den Sozialismus zu wecken. Aus dem geistigen Werden dieser Arbeiterin ersieht man, daß der Sozialismus selbst einer ausgebeuteten Proletarierin nicht anfliegt, sondern im ernsten Nachdenken und in harter Lebenserfahrung von ihr erkämpft werden muß. Mögen alte und junge Leser dieser Jugendgeschichte den tiefgefühlten Ausspruch der Popp beherzigen: „Einer großen Sache aus Begeisterung dienen, gibt so viel innere Freude und verleiht dem Leben einen so hohen Wert, daß man viel ertragen kann, ohne mutlos zu werden. Das lernte ich von mir erkennen."

„Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung." Jahrgang 1923, Heft 1. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Grundzahl: 1,— Mk. (Teuerungs-Multiplikator: die jeweils gültige Schlüsselzahl des Buchhändler-Börsenvereins). Die Bewegung der Preise im Großhandel und Kleinhandel, interessante Haushaltsrechnungen aus dem Mittelstande und von Anstalten, Statistiken vom Wohnungs- und Grundstücksmarkt, der Löhne und Gehälter und des Beschäftigungsgrades führen tief in die Probleme der Inflationsperiode hinein.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Karstadt

UNSERE SCHAUFENSTER ZEIGEN DIE NEUHEITEN IN

KLEIDERSTOFFEN UND HERREN-KONFEKTION